

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. Postgebühren Nr. 4022a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121.

Mittwoch den 28. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die preussischen Junker als Pensionäre des kapitalistischen Staates.

MP. Der preussische Raubstaat, der früher von den ostelbischen Junkern — jener Mischlingsrasse, die sich aus dem Niedersatz der verschiedensten Völkerstämme Preußen, Pommern, Wenden, Lithauern, Polen, Sachsen gebildet hat — beherrscht wurde, hat sich seit seiner „Konsolidation“ (Befestigung) im Jahre 1866 gründlich verändert; im junkerlichen Sinne läßt er sich nicht mehr regieren. Ja selbst am Hofe Wilhelms II. spielen die Duitoms und Ikenblige nicht mehr die allein ausschlaggebende Rolle, wie das der gute Herr Witkowski, alias Harden, kürzlich in seiner „Zukunft“ so amüsanter geschildert hat: Der „Soffjude“ spielt eine immer wichtigere Rolle. Behauptet der Mann; und er, dessen Wiege im Ghetto zu Posen stand, muß das ja wissen. Die einst herrschenden Junker sind zu lästigen Schmarozern geworden, die man mit einem Trinkgeld abpest, allerdings mit reichlichem Trinkgeld. Bewundernswürdig ist dabei die Erfindungsgabe der Herren Minister, die immer neue Formen für diese Bettelgelder ersinnen. Zuckerprämien, Spiritus-Diebesgaben, das ist schon alt. Es folgten die „Rentengutzgesetze“, die es ermöglichen, daß der verachtete Junker zwar sein Gut behält, aber aus dem Staatskäsel eine Rente bezieht für eben dieses Gut, von dem er einen Lappen an die Bauern abgibt, nicht zu Eigenthum allerdings, denn Eigenthümer bleibt er dabei. Das war ein sehr komplizirtes und sehr eingefädeltes Geschäft; man sieht darin die Meisterhand des ehemaligen Demagogen und Bauernaufwüthlers Miquel. Der Spiritus der Männer des neuesten Kurzes reicht zu solchen geistreichen Kombinationen nicht aus; der Vohgerber Müller, die Schreibersele Rheinbaben, der Husarenoberst, Post- und Landwirtschaftsminister, je nach Bedarf, Pöbdielski, der Zitatenschilder Bülow und Konsorten, nie sollten die sich in derartige geistige Unkosten stürzen! Sie machen es einfacher. Nämlich so:

War da die Ansiedelungskommission. Sie gehört zu den perfidestem Erfindungen Bismarcks und hatte die Aufgabe, die polnischen Gebiete zu „germanisieren“. Die Güter der polnischen Schlachtzigen sollten aufgekauft und polnische Bauern angesiedelt werden. Zu diesem Zwecke wurden im Jahre 1886 100 Millionen Mark ausgemworfen und als diese in zwölf Jahren aufgebraucht waren, abermals 100 Millionen. Der Zweck ist nicht erreicht worden; bis zum Jahre 1901 einschließlich hat die Kommission 156 Millionen Mark verpulvert und im Ganzen 4695 Bauern in den Provinzen Posen und Westpreußen angesiedelt. Von den Bauern stammen aber 1008 aus diesen Provinzen, angesiedelt sind also nur 3687; das macht pro Familie, zu fünf Köpfen gerechnet, 18415 Deutsche, die in die polnischen Gebiete kamen, ein geradezu lächerliches Resultat. Noch grotesker aber wirkt das Bild, wenn man sich die Dinge näher anschaut: Da werden badiſche und württembergische Bauern angesiedelt, die von den örtlichen Zuständen keinen blauen Dunst haben und natürlich in ihrer gewohnten Weise wirtschaften wollen; die guten Deutschen legen z. B. Weinberge an auf dem durchlöcherigen Boden des baltischen Höhenzuges, wo die Winterkälte gerade noch einmal so groß wie im badiſchen Ländle und der Sommer noch einmal so kurz ist. Dazu kommt, daß ein tüchtiger und kapitalkräftiger Wirth überhaupt sich auf die Kolonisations-Experimente nicht einläßt, sondern allerlei geschickerte bäuerliche Existenzen sich in der schönen Kolonie zusammenfinden. Diese Leute müssen also verständig unterstützt werden und so bald einmal das Geld verbrannt ist und die Kommission nicht mehr unterstützen kann, werden unweilbar diese Kolonisten zu Grunde gehen.

Mit der Ansiedlung also ist es nichts. Aber die Herren Junker haben ihren Schnitt gemacht. Anfangs sollte die Kommission nur Güter aus polnischen Händen kaufen, bald aber kaufte sie auch von deutschen Großgrundbesitzern; bis zum Jahre 1901 wurden 88 000 Hektar von polnischen und 77 Hektar von deutschen Rittergutsbesitzern gekauft. Gestand wurde zu hohen Preisen: Die Norm für Güterpreise ist ungefähr das 25- bis 30fache des Grundsteuerreinertrages; die Kommission aber hat bisher ihren Besitz mit dem 74fachen Betrage bezahlt! Das Hektar kostet durchschnittlich 688 Mark und der Boden wird immer theurer: im ersten Jahr fünf waren es durchschnittlich 590 Mk., im letzten Jahr fünf 795 Mark. Das sind für die dortigen Verhältnisse geradezu horrende Preise, zumal die Kommission gut bewirthschaftete Güter überhaupt nicht bekommt, sondern die bewährten Güter mit miserablen Boden in abgelegenen Gegenden kaufen muß. Also: der brutale Plan, mit Staatsgeldern deutsche Ansiedler in das Land zu schaffen, die die Polen verdrängen, ist gescheitert, die „nationalen Ziele“ sind in die Wägen gegangen. Aber die Junker haben das Trinkgeld eingestekt: von den 200 Millionen sind mindestens fünfzig Millionen in ihre Taschen gekommen, indem an diese

Summe die angekauften Güter zu theuer bezahlt worden sind.

Jetzt schlägt die Regierung dem Dreiklassenlandtage vor, die Herren Junker möchten sich abermals ein Trinkgeld bewilligen und zwar ein ganz gehöriges: 250 Millionen, eine Viertelmilliarde Mark, sollen abermals angelegt werden in den beiden Provinzen. Davon soll die famose Kommission noch weitere 150 Millionen zum verbüttern bekommen, und um 100 Millionen sollen Domänen angekauft werden, auf denen dann die verachteten Junker als Pächter wirtschaften sollen.

Natürlich — es gilt wieder „nationale Interessen“. Die Polen sollen verdrängt werden, die Deutschen sollen „wirtschaftlich gekräftigt“ werden. Ganz abgesehen von der Persidie, die darin liegt, daß man die Polen schädigen will mit Staatsgeldern, zu denen sie ebenso beisteuern müssen wie die Deutschen, ist der Plan absurd: Die Kolonisten werden sich früher oder später in der großen Masse der Bevölkerung verkleinern, sie werden polonisiert, wie das z. B. mit den sogenannten Bambergern geschehen ist, eine Kolonie bayerischer Bauern, die vor zweihundert Jahren bei Posen angesiedelt wurde; die guten Leuten haben ihre Nationalität behalten, man sieht gelegentlich der Frohnleichnamspredigt die Bambergerrinnen in ihren breiten Keifrüden daherstolzieren, aber sie sprechen nur noch gebrochen deutsch, die Umgangssprache ist die polnische; selbst der alemannische Typus ist verschwunden in der Rassenkreuzung. Mit den „nationalen Interessen“ steht es also sehr windig aus. Dafür aber steht es umso besser um die Klasseninteressen der Junker: die Steuerzahler bekapten 250 Millionen, davon fallen mindestens 150 Millionen in die Hände raffgieriger Junker, der Rest wird vergeudet.

So werden die Junker heute „soutenirt“.

Politische Hundschau.

Deutschland.

Für den Wahlkreis Unsbach-Schwabach, der z. Bt. von dem Volksparteiler Eckart im Reichstage vertreten wird, stellten unsere dortigen Parteigenossen als Reichstagskandidaten abermals Kopf- und Kurbel auf, dessen Ausschließung aus dem Nürnberger sozialdemokratischen Wahlverein wegen unläuterer Machenschaften erst jüngst erfolgte. Der Beschluß wurde auf der Kreisversammlung mit 9 gegen 6 Stimmen gefaßt. — Wenn Kopf- und Kurbel klug ist, und wenn ihm der Parteifriede höher steht als das eigene Ich, so lehnt er die Annahme der Kandidatur einfach ab; denn zweifellos wird seine Kandidatur nach den bekannten Vorgängen in Nürnberg viel böses Blut machen und nur zur Zersplitterung der Kräfte beitragen.

Ueber eine Aenderung der Reichstagswahlkreis-Eintheilung hat der Zentrums-Abgeordnete Reichsgerichtsrath Spahn in Bonn in einer Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumsparthei, der er als Vertreter des dortigen Reichstagswahlkreises beiwohnte, sich in bemerkenswerther Weise geäußert. Nach dem Bericht der „Deutschen Reichszeitung“, des Bonner Zentrumsblattes, erklärte Herr Spahn bezüglich des weiteren Verlaufs der Zolltarifverhandlungen: Zweifelsohne werde die Regierung, wenn ein ihr genehmer Zolltarif nicht zu Stande komme, die Handelsverträge nicht kündigen, sondern für jede Legislaturperiode verlängern. Ob in der nächsten Periode ein neues Zollgesetz zu Stande komme, hänge dann wesentlich von dem Ausfall der Wahlen ab. Jedenfalls aber müsse man damit rechnen, daß mehr Sozialdemokraten — bis zu heutig — in den Reichstag einziehen. „Jetzt sind uns die ländlichen Kreise noch sicher; kommt es aber zu einer Aenderung der Wahlkreisgesetzgebung — und der können wir schon aus Achtung vor der Verfassung uns auf die Dauer nicht entziehen — dann wird die Kopfzahl der Bevölkerung eine stärkere Berücksichtigung finden zum Nachtheil für die Landwirtschaft.“ — Es bleibt abzuwarten, wie weit sich diese „Achtung vor der Verfassung“ bei dem Zentrum in die That umsetzt.

Konservative Handelsverträge. In seinem Wahlkreis Breslau-Nennmarkt hat Graf Limburg-Stirum über die Zolltarif-Frage gesprochen und dabei bekundet, welcherlei Handelsverträge die Herren Konservativen wünschen. Zunächst wendete sich Graf Limburg gegen die Regierung, die nicht genügend Forderungen der Landwirtschaft erfüllt habe, sei doch der Zoll von 7,50 Mark kein ungerechter! Sodann erklärte er: „Er halte es für besser, die alten Zölle zu behalten, als die in der Vorlage angelegten zu niedrigen; die alten Verträge können von Jahr zu Jahr gekündigt werden, während durch die langfristigen Verträge unheilvolle Zustände für die Landwirtschaft entstehen würden.“ — Handelsverträge, die von Jahr zu Jahr gekündigt werden können, sind natürlich für die Industrie und den Handel gänzlich unbrauchbar. Wenn Herr Graf Limburg noch offener sein wollte, als er in seiner Rede gewesen ist, so würde er erklären, Handelsverträge seien überhaupt für die Landwirtschaft höchst un-

angenehm. Für die „Landwirtschaft“, d. h. den Junker, wäre natürlich nichts willkommener als einige Jahre der Handelsvertragslosigkeit, des Bollkrieges, der Aussperrung jeglicher Kornzufuhr.

Die Zolltarifkommission nimmt heute, den 27. Mai, ihre Sitzungen wieder auf, während der Reichstag acht Tage später aus den Ferien zurückkehrt. Ob ihre Thätigkeit im Affordlohn eine fruchtbarere sein wird? Das Diätengesetz ist fertig, das Pauschquantum von 2000 Mk. für jedes Mitglied steht fest, nun kann drauf los geholt werden. Aber Affordarbeit wird nicht besonders hoch geschätzt; und harte Arbeit ist nicht immer fruchtbar. Uebrigens werden die Beratungen nun insofern einen anderen Charakter annehmen, als die Wünsche der Industriellen in den Vordergrund treten. Die Industriepöble sind zum Theil höher geschraubt; doch das genügt den Schlotbaronen vom Zentralverband der Industriellen noch nicht; sie fordern in Petitionen noch höhere Zölle. Es wird ebenfalls heiße Kämpfe um diese Zölle geben, und dabei wird sich zeigen, ob die agrarischen Zollwütherriche nun ihren Zollfreunden aus der Industrie ebenso hülfreiche Hand zur Auspowerung des Volkes bieten werden, wie diese bei der Vertheuerung des täglichen Brotes und der unentbehrlichsten Lebensmittel. Nun, die Opposition wird auf dem Posten sein.

Das Organ der Bündler als Zutreiber internationaler kapitalistischer Bauernfänger. Die „Deutsche Tageszeitung“, deren Chefredakteur Herr Dertel ist, der Mann mit der tabellos weißen Weste, dem mystisch poetischen Stil und dem Bierbauch, der in einem Bergwerkstollen keinen Platz hat, trägt am Kopfe die stolze Aufschrift: „Für deutsche Art! Für deutsche Arbeit in Stadt und Land.“ Das kapitalistische Getriebe ist dem guten Herrn Dertel ein Grauel und ein Schuel, er möchte gar zu gern das Rad der Welt zurückdrehen, auf daß wieder der kautenschwingende Junker auf dem Lande herrsche. Für die Börse empfindet der Edle einen tiefen Abscheu und in schöpfungsvollen Leitartikeln wettert er gerne gegen die „goldene Internationale“, gegen das „Spekulantengeheimniß“, das mit „Papierweizen“ handelt. Ganz besonders hat der bide Mann auch einen unvertilglichen Haß gegen die hageren Yankee, die smarten Dollarmenschen. Aber siehe da: in Nr. 232 des Organs „für deutsche Art“ finden wir im Inzeratenthelle einen Artikel, der die ganze Seite einnimmt, einen Reklameartikel unter dem schönen Titel: „Das einzige Geschäft der ganzen Welt“. Darin empfiehlt die Effektenbank Bern (Schweiz) Aktien einer Goldmine in Colorado (Vereinigte Staaten). Wie empfiehlt sie! „65 Acres werthvolles Goldland; die reichste Goldmine der Welt; 20 bis 300 Doll. Gold per Tonne; absolut sichere Kapitalanlage, 3000 Prozent Dividende.“ Alles in Fettdruck, dick unterstrichen. Und das Beste ist — die Aktien kosten pro Stück eine Mark! Das Ganze ist natürlich ausgefeimter Schwindel. Die Goldminen in Colorado, die wirklich etwas taugen, sind seit Jahrzehnten in Händen der Milliardäre, kommen überhaupt nicht auf den Markt. Dagegen giebt es Schwindelgründungen, die es auf direkte Bauernfängerei abgesehen haben. Zu diesem Zwecke haben zuerst die Engländer für die afrikanischen und australischen Minen die sogenannten „Pfundantien“ geschaffen, das Stück lautend auf 1 Pfund Sterling (20 Mark); es handelte sich darum, die „kleinen Leute“ einzufangen, die große Masse derer, die nicht alle werden, daher die winzigen Theile; es sollte „Jedermann kaufen“. Die Amerikaner haben dann die Sache noch schöner gemacht und geben Aktien aus zu 10 Cents (40 Pf.) das Stück. Mit diesen Aktien werden dann die unglücklichsten Börsenmandanten angestellt und die Börse hat ja auch die Selbstironie so weit getrieben, daß in London die Ecke, wo diese Aktien an der Börse gehandelt werden, der „Kaffernmarkt“ heißt. Es ist nun auf den ersten Blick klar, daß es sich hier um ein solches Kafferngeschäft handelt. Dabei geht die Unverschämtheit so weit, daß dem deutschen Publikum diese 10 Cents-Aktie, Nominalwerth 40 Pfennige, zum Preise von 1 Mark, also zum Kurse von 250 Prozent, angeboten wird. Und diese Bauernfängerei kultivirt das Organ „für deutsche Arbeit in Stadt und Land“. Die Berner Bauernfänger scheinen lange Leute zu sein, sie wissen, wo sie die Dummen zu suchen haben. Und Herr Dertel weiß auch, was er thut: die „Deutsche Tageszeitung“ ist Eigenthum einer Aktiengesellschaft und trägt 12 Prozent Dividende das Jahr!

Nur ein Mk. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Landau (Pfalz) standen kürzlich acht Infanteristen der 4. Kompagnie des 23. bayerischen Infanterie-Regiments unter der Anklage der Körperverletzung. Die 8 Mann bilden die erste Serie einer größeren Abtheilung derselben Garnison, die demnächst unter der gleichen Anklage sich zu verantworten haben werden. Den Angeklagten liegt zur Last, daß sie während der Rekrutenzeit zur Last, daß sie während der Rekrutenzeit eingedrungen und Rekruten, die sich ihr Mißfallen zugezogen, die Decke über den Kopf gezogen und sie mit Rohrstöcken durchgehauen zu haben. Die Fälle, die diesmal zur Urtheilung standen, waren verhältnißmäßig leichter Art und sie wären auch nicht dem Kriegs-

gericht überwiesen worden, wenn nicht unser pfälzisches Partei-Organ, die „Pfälz. Post“ detaillierte Schilderungen der nächtlichen Quälereien der Rekruten durch alle Mannschaften ans Licht der Öffentlichkeit gezogen hätte. Die Ursache der nächtlichen Ueberfälle erklärten die Angeklagten dahin, daß die Rekruten „froh gewesen“ und daß man ihnen „Respekt beibringen“ wollte. Die Frechheit der „Jungen“, die man also erzog, zeigte sich darin, daß diese sich nicht jede Anrempelung der „Alten“ gefallen ließen und sich gegen sie auflehnten. Ein Wort genügte oft schon, um sie für die Heimführung zeit zu machen. Eine Meldung über die Prügeleien zu erstatten, getraute sich Niemand, weil, wie ein Zeuge auf Befragen angab, sie befürchten mußten, dann nochmals Hiebe zu bekommen. Der Offizialverteidiger, ein Oberleutnant, versuchte es, die Geschichte von der ultigen Seite aufzufassen. Er meinte, daß die Angeklagten „Opfer der Verhältnisse“ wären; denn es sei ja nicht einer dienstlichen Meldung zu danken, daß sie vor dem Gericht stehen, sondern nur „auf Grund eines tendenziös aufgearbeiteten Zeitungsartikels“ sei Anklage erhoben worden. Hätte sich die Presse nicht eingemischt, so wären die Angeklagten mit leichten Disziplinarstrafen davongekommen. Er glaube auch nicht, daß die Schläge eine Strafe für die Rekruten sein sollten, sondern daß das Ganze nur als ein Akt aufzufassen sei. Wenn die Leute geschlagen würden, so wären die Schläge nur die Begleiterscheinung des Aktes gewesen. Das Gericht schloß sich dieser überzeugenden Verteidigung nicht an. Es verurteilte bei aller Milde der Auffassung, wie sie bei der tatsächlichen Geringfügigkeit der unter Anklage gestellten Fälle gegeben war, die vorgekommenen Ueberfälle auf das allerentschiedenste und verhängte über die Angeklagten Gefängnisstrafen von 8 bis zu 15 Tagen. — Wenn der Herr Oberleutnant die Hiebe bekommen hätte, so wäre ihm die Geschichte wohl etwas weniger ulzig vorgekommen.

Kleine politische Nachrichten. Die Liegnitzer Staatsanwaltschaft leitete gegen den Gesamtverband der verkrachten niederösterreichischen Kreditbank, deren Kassierer Frisch wegen Betruges zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, das Ermittlungsverfahren wegen Verschleierung der Bilanz ein. Durch Einstellung falscher Posten in die Bilanz der Vertheilung einer verprozentigten Dividende ermöglicht worden sein. — Pensioniert wurden in der deutschen Armee vom 1. April bis 15. Mai: 1 General der Infanterie, 5 Generalleutnants, 16 Generalmajore, 18 Oberste, 10 Oberleutnants, 31 Major, 21 Hauptleute, 14 Oberleutnants, 7 Leutnants. In Samma 123 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 550 000 Mk. Ohne Pension wurden verabschiedet: 4 preussische Leutnants und ein bayrischer. Ohne Pension zur Reserve und Landwehr übergeführt wurden: 2 preussische Oberleutnants, 9 preussische Leutnants. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit im obgenannten Zeitraum 139. — Die Gemeindevertretung in Rôda beschloß, nachdem ihr mitgeteilt worden war, daß der Erzherzog von Steiermark habe die Bekämpfung des Rapsors Weingart abgelehnt, eine freiwillige Gemeinde zu bilden. — Die französische Kammer ist auf dem 1. Juni, der Senat am 3. Juni einberufen. Bis dahin wird Präsident Douhet hoffentlich von seiner Sprisjahrt nach St. Petersburg und Kopenhagen zurück sein und die Neuzusammensetzung des Ministeriums dürfte bald vor sich gehen. — Pobjedonoszew, das geistige Haupt der russischen Reaktion ist nunmehr plötzlich in Petersburg wieder eingetroffen, trotzdem sein Urlaub noch Wochen hinaus andauern sollte. Wie verlautet, ist seine Rückkehr durch die Erklärung der Reichsdeutschen Polizei veranlaßt, die ihn in Konstantinopel festhielt, bis seine Sicherheit garantiert wurde. — Der Aufstand in Serbien, bei dem der Hauptführer erschossen wurde, hat jetzt seine gerichtliche „Sühne“ erlangt. Der Angeklagte Stojil war zu 15 Jahren schweren Arbeit, Franz Stojil zu 5 Jahren, Paul Werner und Franz Samotij zu je 3 Jahren Arbeit in leichter Fesseln verurteilt, während vier Jünglinge und der Feuerwehroberhaupt von Schabaz zu je 7 Jahren Arbeit und die übrigen Feuerwehrgenossen von Schabaz, mit Ausnahme von 7 Mann, zu je 5 Jahren verurteilt wurden. — An der albanischen Grenze kam es, nach einer russischen Drahtung aus Cetinje, bei Zeta zu einem blutigen Bajamenschloß zwischen montenegrinischen Hirten und Albanern, bei dem auf beiden Seiten mehrere Personen getödtet und verwundet wurden. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um die Auslösung der Wälder zu verhindern. — Die Revolution in Kolumbien zerfällt noch immer dieses unglückliche Land. Nach einem Telegramm des „New York Herald“ hat allerdings das amerikanische Kriegsschiff „Rachus“ aus Colon berichtet, daß bei Chiriquae gerade eine Schlacht zwischen kolumbianischen Regierungstruppen und liberalen Partisanen stattgefunden hat. Der Militärgouverneur von Colon, Gomez, soll hierbei getödtet sein.

Dänemark.

Ganz im Vorbeigehen, weil es gerade in einem Aufwaschen ging, hat Herr Loubet auch dem mit dem Baren nahe verwandten dänischen Königsjunge die Ehre seines Besuchs zu Theil werden lassen. Loubet wurden ausgetauscht, die Nationalhymnen gespielt und zum Abschied Salutshüsse gewechselt. Dänemark scheint also als Mitläufer der franco-russischen Allianz ins Schlepptau genommen zu werden. Am Ende entwickelt sich der Zweibund noch zum Dreibund weiter. Natürlich nur zur Stabilisierung des beherrschten europäischen Gleichgewichts und zur Sicherung des Welt- und Völkerfriedens.

Schweden.

Der gesetzliche Schutz des Koalitionsrechtes, wie er in einem Antrage des Liberalen Bergström angebracht wurde, ist von beiden Kammern abgelehnt worden. Die Erste Kammer lehnte den Antrag ohne Abstimmungsabstimmung ab. In der Zweiten Kammer sprach vorher dem Schwedischen Branting mehrere liberale Abgeordnete entgegen für den Antrag Bergströms. Er wurde hier mit 102 gegen 57 Stimmen verworfen.

Die großartige Wahlrechtsdemonstration der schwedischen Arbeiterpartei wird ruhiger und in jeder Hinsicht würdiger Verlauf nach Norden geradezu überaus haben. Man gibt in Deutschland im Allgemeinen wenig acht auf das, was in den nordischen Ländern geschieht, man beachtet auch sehr wenig die kulturelle Entwicklung, die in Schweden seit einigen Jahrzehnten vor sich geht. Die schnelle Entwicklung der Großindustrie einerseits, andererseits aber auch der hohe Stand der allgemeinen Volksbildung (die Folge eines guten Schulwesens) sind es, die der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die Wege geebnet haben, so daß in so kurzer Zeit die Bewegung zu dieser Höhe gelang ist, daß 116 000 Menschen

mit Begeisterung und doch in aller Ruhe, der Parole der sozialdemokratischen Partei folgend, die Arbeit niederlegten, um ein ideales Gut, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, und daß sie eben so ruhig und ordnungsgemäß die Arbeit wieder aufnahmen, um abzuwarten, ob ihnen nun endlich in den nächsten Jahren ihr Recht zu Theil wird. „Es ist kaum ein Menschenalter verflossen“, schreibt Kopenhagener „Sozialdemokraten“, „seit der Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung ihren Einzug in Schweden hielten. Es war ungefähr 1885, fünfzehn Jahre später als in Dänemark. Aber Schwedens überaus schnelle großindustrielle Entwicklung gab einen fruchtbareren Boden für den Sozialismus ab. Und der schwedische Arbeiterstand war ein brillanter Stoff, der nur des veredelnden und erzieherischen Einflusses des Sozialismus bedurfte. Die Urkraft des schwedischen Arbeiters kam früher in blutigen Schlägereien und mächtigen Saufereien zum Ausdruck. Noch jetzt wird nicht so selten davon berichtet — aber draußen von den Dörfern, aus den Kreisen der noch unorganisirten Arbeiter. In den Städten und den Industriedistrikten wurden die Kräfte geschult, die starken Triebe und Leidenschaften wurden in den ruhigen, aber um so wirksameren Strom der Organisation geleitet. Die vielen hüpfenden, springenden, brausenden Bergwässer sind in einen mächtigen Strom zusammengefloßen, der breit und majestätisch mit ruhiger, unüberwindlicher Kraft das Kultur-Ideal der internationalen Arbeiterpartei auch in Schweden dem Ziele zuführt. — Bei dem letzten See- und Hafenarbeiterstreik hier in Dänemark glückte es den Rhetoren kaum, auch nur einen einzigen schwedischen Streikbrecher aufzutreiben, man mußte sich nach Rußland wenden. Das ist das Resultat von 15 Jahren Organisationsarbeit in Schweden. Wir sind stolz darauf, Nachbarn eines Landes zu sein, das im Verlauf einer so überraschend kurzen Zeit eine solche Arbeiterbewegung hervorgerufen hat. Die Zeit ist gewiß nicht fern, wo die schwedische Arbeiterpartei die Hauptpartei in Skandinavien Sozialdemokratie sein wird.“

Rußland.

Ueber ein zweites Attentat wird dem „Vorwärts“ aus Wilna gemeldet: Außer v. Wahl ist noch ein Beamter, unter dessen Leitung die grausame Exekution vorgenommen wurde, von der fürchterlich aufgeregten Arbeiterpartei bereits geächtet worden. Ein Arbeiter überfiel auf der Straße den Polizeikommissar Kontschewsky und verletzte ihn mit einem Stein einen wichtigen Hieb auf seinen Kopf, so daß er beunruhigt zu Boden stürzte. In der Proklamation, die die sozialdemokratischen Organisationen Wilnas nach der Exekution veröffentlichten (erschien in russischer, jüdischer und polnischer Sprache), heißt es, „wir wollen kein menschliches Blut vergießen, aber wenn die fürchterliche Aufregung, die unter der Arbeiterpartei wegen der grausamen Exekution herrscht, sich in Gewaltthatigkeiten äußern wird, so fällt die Verantwortung nicht auf uns, sondern ausschließlich auf v. Wahl und seine Mithelfer.“ Die jüdische Arbeiterpartei Wilnas hat ihren Helfern diesmal die Geige gespielt, daß man im 20. Jahrhundert sogar im despotischen Rußland nicht ungestraft menschliches Blut vergießen darf.

Die Bauernunruhen haben sich neuerdings auch auf die Stadt und das Gouvernment Saratow und das Don-Gebiet erstreckt, wo sie einen größeren Umfang angenommen zu haben scheinen, da außerordentliche Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung getroffen worden sind.

Belgien.

Bei den Wahlen, welche am letzten Sonntag stattfanden, handelte es sich, wie bereits jüngst von uns ausführlich gemeldet wurde, um Neuwahlen für die Hälfte der Mitglieder der Repräsentantenkammer sowie für einige neue Sitze in der Kammer und im Senat. Nach dem zweijährigen Turnus schieden diesmal aus die Vertreter der Provinzen Brabant, Ostflandern, Antwerpen, Luxemburg und Namur, die Mandatsdauer beträgt 4 Jahre. Außer dem neuen komplizierten Wahlgesetz war Ende Dezember 1899 noch eine Vermehrung der Kammermandate von 152 auf 166 beschlossen worden, und neben den 14 neuen Kammermitgliedern waren auch 7 neugeschaffene Mandate für den Senat zu besetzen. Während also die Bezirke Westflandern, Lüttich, Hennegau und Limburg erst in zwei Jahren wieder vor allgemeinen Wahlen stehen, hatten sie von den neuen Sitzen bei den jetzigen Wahlen doch 6 Kreise zu besetzen und zwar in Gent, Alost, Soignies, Charleroi, Lüttich und Nivelles. Die anderen 8 neuen Sitze entfallen auf 3 in Brüssel, 2 in Antwerpen, je einen in Courtoir, Brügge und Namur. Von den bisherigen Abgeordneten schieden aus 47 Merikale, 20 Liberale, 10 Sozialdemokraten.

Der Ausfall der Wahlen ist, nach dem bisher vorliegenden Wahlergebnis, den Merikalen günstig. Diese gewinnen eine oder zwei Stimmen auf Kosten der Opposition. Die Merikale Regierung wird in Zukunft über eine Mehrheit von 22 Stimmen, anstatt wie bisher 20 Stimmen, verfügen. Die Merikalen haben 7 von den neuen Sitzen erhalten; ebenso erhält die Opposition 7 Sitze, die sich auf vier Sozialisten, 2 Liberale und 1 christlichen Demokraten vertheilen. Die neue Kammer wird, vorbehaltlich der Nichtstellung der bisherigen Resultate durch die amtliche Feststellung der Ergebnisse, 94 regierungsfremdliche Katholiken zählen. Die Opposition wird sich aus 2 christlichen Demokraten, 35 Liberalen, 34 Sozialisten und 1 Unabhängigen zusammensetzen und im Ganzen 72 Mitglieder umfassen. Die ausstehenden Deputirten der Merikalen Partei wurden sämtlich wiedergewählt. In den Arrondissements Brüssel, Charleroi und Soignies erfuhr die Zahl der sozialistischen Wähler eine merkwürdige Abnahme. In Antwerpen sind die Stimmen für die Liberalen zurückgegangen. In Gent gaben nach der „Frankf. Zeitung“ viele Sozialisten weiße Fettel ab, um ihre Unzufriedenheit mit der Parteileitung zu bekunden. — Das Wahlergebnis zeigt ein Erschlaffen der revolutionären Energie in den belgischen Arbeitermassen, was zweifellos auf das Konto der mißglückten Generalstreikbewegung zu setzen ist; am lebhaftesten ist der Rückgang der Stimmen in den alten sozialistischen Hochburgen von Charleroi und Soignies. Hoffentlich jehen unsere belgischen Genossen aus der Wahl die entsprechenden Lehren, denn wird die offensichtliche Niederlage

bei der Wahl noch in letzter Linie zum Vortheil der belgischen Arbeiterpartei ausschlagen.

Italien.

Viel Lärmen um nichts! Nach Meldungen der Sensationspresse sollte der König von Stalien am Sonntag das Ziel eines, wenn auch glücklicherweise mißglückten, „Attentats“ gewesen sein. Inzwischen handelt es sich nach den letzten Nachrichten um einen ziemlich harmlosen Vorfall. Auf seiner Fahrt nach Palermo zur Eröffnung der dortigen Ausstellung traf Viktor Emanuel Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr Neapel ein. Der königliche Sonderzug fuhr am Hafen vorbei. Im Arsenal wurde gearbeitet. Am Eingang des Arsenals stand nun ein Schuster namens Guerriero 42 Jahre alt, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, und warf einen Ziegelstein gegen den Zug, wobei er aber nur den Wagen traf, der vor dem Salonwagen des Königspaares fuhr; in dem beworfenen Wagen saßen die Eisenbahningenieur. Bevor der Ziegelstein werfer verhaftet werden konnte, wiederholte er den Versuch ohne jedoch abermals jemand zu treffen. Bei der Vernehmung vor dem Staatsanwalt hüllte sich Guerriero Schweigen. Wie man der Berliner „Volksztg.“ aus Neapel drahtet, ist das Ziegelstein-Attentat ein Nachakt der Camorra. Guerriero sei bereits als Haupt der Camorristenbande erkannt, die 1893 bei den Straßenunruhen in Neapel die Geschäfte französischer Firmen plünderte und in Brand setzte.

Transvaal.

Zu den Friedensverhandlungen bringt die Londoner Zeitung „Sunday Special“ in Form einer Johanneburger Meldung folgende Mittheilung: Die Friedensverhandlungen schreiten ruhig fort. Drei Fragen der Burenbelegirten wurden dem Kabinetstath unterbreitet, erstens, welche Zeit bis zur Gewährung der Autonomie verstreichen wird; zweitens, wie es mit dem Gebrauch der Burensprache in den Schulen gehalten werden wird; drittens, wie lange den Kaprebellern das Stimmrecht entzogen werden wird. Man glaubt, daß betreffs aller drei Punkte ein Verständigung erreicht werden wird; doch könne das endgültige Abkommen länger auf sich warten lassen, als man allgemein glaubt.

Westindien.

Die Katastrophe auf den Kleinen Antillen. Der französische Kolonialminister gab dem stellvertretenden Gouverneur auf Martinique Vollmacht, allen denen aus dem Hilfsfonds Ueberfahrtsgehalt nach Frankreich zu gewähren, die nachweisen können, daß sie Verwandte oder Hilfsmittel in dem Lande nach dem sie sich begeben wollen, haben. In Ausführung dieser Anordnung sind bereits 967 Personen in Guadeloupe angekommen, wo die Lage nach wie vor ausgezeichnet ist. Die Berichte, welche die nach Martinique entsandte amerikanische wissenschaftliche Expedition veröffentlicht, lauten sehr schlimm; es wird auf die Gegend vor dem Ausbruch des Vulkans auf der Sunda Insel Krakatau hingewiesen. Die Berichte betonen ferner, es sei leicht möglich, daß der ganze nördliche Theil von Martinique zerstört werden könnte.

Philippinen.

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen auf den Philippinen, General Chaffee, drückte, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Manila drahtet, seine Mißbilligung über die freisprechenden Urtheile über Major Waller und Leutnant Day aus, die wegen Grausamkeiten gegen die Eingeborenen vor ein Kriegsgericht gestellt waren. Er sei der Ansicht, daß hier eine Verirrung der Justiz vorliege und daß die gefällten Urtheile im Widerspruch mit dem beigebrachten Beweismaterial ständen. Leutnant Day tadelt er weil dieser den Geisteszustand Wallers kannte, aber trotzdem anstatt ihm eine Verzögerung anzurathen, was seine Pflicht gewesen wäre, dessen Befehle schleunigst auszuführen. Da hätte in Anbetracht der Umstände den Gehorsam verweigern müssen. Dadurch würde er die Ehre des Landes gewahrt und die traurigen Vorkommnisse verhindert haben.

Bersammlung der Bürgerschaft am Montag, den 26. Mai.

J. St. Der Vorsitzende eröffnet die Bersammlung um 10,25 Uhr.
Senator Dr. King macht Mittheilung von dem Einvernehmen mit den vom Bürgerausschuß gefaßten Beschlüssen.
Beim Punkt: Endgültige Anweisung der bisher vorläufig für das Seebad Travemünde bewilligten Gelder im Betrage von 437 238,25 Mk. wünsch.
Dr. Meyer, daß das Badehaus in Travemünde auch am Nachmittag geöffnet ist.
Senator Dr. Fehling erklärt sich mit dem Vorredner einverstanden. Am 15. Mai sei die Badeanstalt sowohl Vormittags als auch Nachmittags geöffnet.
Dr. Meyer hat nur eine Bitte aussprechen wollen.
Senator Dr. Fehling sagt zu, daß auch für die Folge die Badeanstalt Nachmittags geöffnet sein soll.
Konrad Fehling giebt Auskunft über die Tagesarbeiten, welche die Anstalt geöffnet ist.
Eine längere Debatte entspann sich anlässlich des 2. Punktes Genehmigung des Staatsbudgets und des Vorschlags der Verwaltungskommission für städtische Gemeindeanstalten, sowie der Vorschläge der Armenanstalt und des Badehauses für das Rechnungsjahr 1902 mit den durch den Beamten-Beschlussesatz vom 26. Februar 1902 herbeigeführten Abänderungen.
Pape wünscht, daß der Witwe des Elementarlehrers Gr. eine kleine Pension gewährt werde. Ferrer rügt Redner, daß Kinder von den Lehrern angehalten werden, beim Entlass von den Händlern Zugaben zu verlangen. Zum Schluß rügt Redner das Präparanden mit dem Sortiren und Aufstapeln des Logg beschäftigt werden.
Senator Dr. King bemerkt dem Vorredner, daß die Bürgerschaft ja selbst über diese Sachen zu beschließen habe.
Boedeker erklärt als Leiter der Präparanden-Anstalt, daß ihm von der von Pape gerügten Beschäftigung der Präparanden nichts bekannt sei. Pape hätte besser gethan, sich zunächst an ihn zu wenden.
Pape: Herr Hauptlehrer Bedmann wird dem Vorredner über die fragliche Sache Auskunft geben.
Senator Dr. Fehling stellt einen im Budget enthaltenen Vorschlag richtig. Des ferneren kommt Redner auf die Gehaltsklasse Elementarlehrer zu sprechen und behauptet, daß der älteste, seit 18 angestellte Elementarlehrer, erst am 1. Oktober 1906 in den Gehaltsklasse des Normalgehaltess komme.
Lauenstein kommt auf das Viehsteuern am Bahnhof

sprechen und bittet den Senat, es vorläufig bei dem Alten zu belassen.

Senator Dr. Fehling: Es wird sich in dieser Sache schon ein Mittelweg finden lassen.

Dr. Wehke kommt auf die bakteriologische Untersuchung des Wassers, die vor ihm vorgenommen worden sei, zu sprechen. Hier seien ihm von Dr. Biehl heftige Vorwürfe gemacht worden, die er, da letzterer eine Nichtigstellung ablehne, an dieser Stelle als unbegründet zurückweisen müsse.

Bei der Gesamtentscheidung werden die Senatsanträge angenommen.

Nach längerer, aber unweiliger und zum Theil unverständlicher Debatte werden die Senatsanträge auf Erlass eines dritten Nachtrages zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899, eines Nachtrages zum Gesetz vom 17. Mai 1876, betreffend die Erhaltung der Grundbücher, Mutterrollen und Karten bei der Gegenwart, eines fünften Nachtrages zur Verordnung vom 27. Mai 1872, die Veräußerungsabgabe betreffend, und eines Nachtrages zur Bekanntmachung vom 19. November 1877, die Bildung einer vorläufigen Brandversicherungskasse betreffend, mit einer geringfügigen, redaktionellen Aenderung angenommen.

Anlässlich des Senatsantrages auf Erlass eines neuen Unfallversicherungsgesetzes für Beamte erklärt

Dr. Görz sich mit der Fassung des § 8, der die Entscheidung der Renten dem Senat überläßt, nicht einverstanden. Redner sieht aber von der Stellung eines Antrages ab, will vielmehr die Entscheidung einem event. zu errichtenden Verwaltungsgerichtshofe überlassen.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Ferner liegt zum § 12 ein Antrag Recht auf redaktionelle Aenderung des Paragraphen vor.

Nach einer kurzen Begründung seitens des Antragstellers mit dem sich Senator Dr. Stöck einverstanden erklärt, wird der Antrag angenommen.

Gleichfalls wird die Gesamtvorlage angenommen.

Beim Punkt „Feststellung der im Rechnungsjahr 1902 auszuführenden Pflichtenarbeiten in der Stadt“ rügt

Buchwald, daß die Vorlagen so spät zur Berathung gelangen.

Senator Dr. Klug sagt, wo es möglich sei, Abhilfe zu thun.

Jenne unterläßt die Anregung Buchwalds. Redner wirft die Frage auf, ob die Pflichtenarbeiten nicht billiger zu machen seien, und giebt dem Wunsch Ausdruck, daß sich die Beamten der Baudeputation an das halten, was von der Bürgerschaft beschlossen worden ist.

Senator Dr. Klug bemerkt dem Vorredner, daß die Baudeputation schon lange auf eine Verbilligung hinarbeite. Man hat Klempner verwendet, das habe sich aber nicht bewährt. Besterer Umstand sei auch das eigensinnige Vorgehen der Baudeputation zuzuschreiben. Es könne doch deswegen keine Extra-Versammlung einberufen werden.

Jenne erklärt, daß er bestimmte Beamten gar nicht gemeint habe, sondern lediglich die Beamten der Baudeputation. Die Beamten sollen sich die Sache erst genau überlegen, ehe an die Bürgerschaft herantreten wird. (Sehr richtig.) Ich sage niemals etwas, was ich nicht beweisen kann.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Verstein bemerkt zu der Klempnerfrage der Kronsforder Allee, daß sie sich sehr gut bewährt habe.

Schorer ist mit Jenne einverstanden. Es ist unbedingt notwendig, daß Beschlässe auch durchgeführt werden.

Dr. Meyer bleibt unverständlich.

Hempel wünscht, daß in denjenigen Straßen, wo sich Schulen befinden, Chauffierung vorgenommen wird.

Dahms regt die Freilegung der linken Seite innerhalb des Burgthores an, damit dort eine Verdrößerung eintritt. Man könne vielleicht die Waghöhe verschieben.

Senator Dr. Klug: Die Frage ist von der Baudeputation in Erwägung gezogen worden.

Dr. Leverfuß will auch Rücksicht auf das Gerichtsgebäude genommen wissen.

Dr. Görz richtet an die Baudeputation die Bitte, die Frage der Pflichtenarbeiten nochmals eingehend zu erörtern. Die Fuhrwerke werden immer größer und schwerer. Die Kostenfrage komme erst in zweiter Linie; späterhin würde sich die Sache dann billiger gestalten.

Haas wünscht Neupflasterung der oberen Regidien- und Waghstraße.

Senator Dr. Klug erklärt sich mit Dr. Görz einverstanden, die Sache behalte man im Auge. Den Wünschen Haas würde zu passender Zeit nähergetreten werden.

Schorer bleibt bei der herrschenden Umrufe unverständlich.

Rosenquist ist mit dem Vorredner einverstanden.

Haas möchte Neupflasterung der Dankwartstraße und Untertrabe.

Gustmann betont den Zustand der Burgstraße. Wenn erst einmal das zweite Straßenbahngleise dort gelegt werde, . . . (Rufe: „Ist ja schon!“ Stürmische Heiterkeit.)

Dr. Biehl: Hand in Hand mit der Pflichtenfrage geht auch die Stiefstraße, die uns die Ueberfluthungen in Berlin gelehrt haben.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Senatsantrage auf Feststellung der im Rechnungsjahre 1902 in den Vorständen auszuführenden Vearbeiten wünscht

Verstein die Renovierung der Genierstraße.

Senator Dr. Klug: Vor einer Reihe von Jahren wurde die Genierstraße ausgebaut; die dortigen Eigentümer haben die Verbreiterung der Straße selbst vorzunehmen, wie ein Vertrag beweist. Die Forderungen der Eigentümer sind enorm hohe.

Dr. Pries begründet die Senatsvorlage bezüglich der Herstellung eines Klinkerbelages auf dem Fußweg in der Koedstraße neben dem Stadtpark von der Poststraße bis zum Biesenweg. Redner wünscht, daß dort für genügende Entwässerung gesorgt wird.

Dr. Meyer wünscht auch die Regulierung der Straße jenseits des Stadtparkes. Gleichfalls rügt Redner das Vorhandensein des Hügels an der linken Seite vor dem Burgthor. Auch der Weg ist dort miserabel. Die Constanstraße muß gleichfalls renoviert werden.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Rosenquist bittet, die Renovierung der Hüterthorvoranlagen möglichst zu beschleunigen.

Verstein möchte die Belichtungsfraße in den Hüterthorvoranlagen geregelt wissen.

Faktor Ebers wünscht Fortführung der Klinkeranlage in der Luisenstraße.

Dr. Meyer: Der Eichenbaum in der Konstantstraße kann nach Ansicht des Stadtgärtners verschwinden; er soll aber auf höherem Befehl stehen bleiben.

Schwarzkopf äußert Wünsche hinsichtlich der Vorstadt St. Lorenz.

Kitter bleibt unverständlich.

Pape bittet um Regulierung der Dornstraße, wenn dort auch nach Ansicht des Herrn Alm nur kleine Lente wohnen.

Senator Dr. Klug giebt Anweisung, warum man jetzt die Halberstraße verbessere.

Dr. Buchmann bittet, die Erfahrungen, welche bei Legung des Telegraphenabels in der Mühlenstraße gemacht worden sind, seitens der Baudeputation zu verwenden.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Zum Punkt: Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1902 ist eine Eingabe vom vorläufigen Verein und Radfahrer-Vereinen eingegangen.

Von Dr. Meyer ist ein Antrag auf Errichtung eines Radfahrweges in der Koedstraße eingereicht.

Dr. Meyer befragt die Eingabe der Vereine und bittet, derselben zu entsprechen. Die Mittel, die an Radfahrern einzugehen, werden nicht im Interesse der Radfahrer verwendet. Keiner der Vereine hat sich für die Errichtung eines Radfahrweges am Mühlenweg ausgesprochen. Redner fragt an, ob das Auftragen des Reitweges in der Koedstraße auch auf Kosten der Radfahrer erfolgt sei. Zum Schluß spricht er sich für Aufhebung der Radfahrwege aus.

Senator Dr. Klug giebt Auskunft über die Verhältnisse an der Koedstraße. Der Reitweg dort ist auf Kosten der Wegetasse verbessert worden.

Rosenquist bezweifelt, daß der Weg in der Wallstraße für Radfahrer passend sei. Man könne sich dort das Genid drehen. Dafür müsse man 6 Mk. jährlich bezahlen.

Dr. Pries erklärt sich mit Dr. Meyer einverstanden.

Dr. Meyer hält die Angaben des Senates nicht für richtig. Er befragt seinen Antrag.

Buchwald erklärt sich mit dem Meyer'schen Antrage einverstanden und bittet um Ablehnung des Senatsantrages auf Errichtung eines Radfahrweges auf dem Mühlenweg.

Senator Dr. Klug bemerkt, daß in manchen Straßen gar kein Platz für Radfahrwege vorhanden sei. Redner hält den Radfahrweg am Mühlenweg für notwendig.

Schulz bittet, daß vom Colosseum bis zum Krankenhaus ein Radfahrweg angelegt werde. Er bittet ferner, einen Radfahrweg zwischen Koedstraße und Hüterthorallee herzustellen.

Rosenquist ist dagegen, daß man Versuche unternimmt, wie in der Wallstraße.

Dr. Meyer: Die Benennung des Radfahrweges am Lindenplatz ist gefährlich.

Dr. Biehl weist nach, daß bei der Meinungsverschiedenheit zwischen Dr. Meyer und dem Senatskommissar der Erstere im Recht sei.

Senator Wolpmann bleibt unverständlich.

Dahms äußert einen Wunsch auf Herstellung eines Radfahrweges in der Wallstraße, wo er noch fehlt.

Die Senatsanträge auf Herstellung eines Radfahrweges in der Moosfänger Allee und am Mühlenweg werden angenommen, letzterer mit geringer Majorität.

Der Antrag Dr. Meyer wird angenommen.

Der Bericht der Kommission, betr. das Wohnungspflegegesetz, wurde mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit von der Tagesordnung abgeseht.

Es folgt die Berathung des Antrages Raabe und Genossen, betr. Erhöhung der Honorare der Mitglieder des Senates auf 14 000 Mark für juristische und 6000 Mark für kaufmännische Senatoren.

Zur Begründung erhält das Wort der Antragsteller Raabe, der den Antrag als den heutigen Verhältnissen entsprechend bezeichnet und um möglichst einstimmige Annahme desselben ersucht.

Pape: Ich persönlich wünsche nur, daß jeder Einzelne in Lübeck so viel wie möglich verdient. Hier aber handelt es sich um die Wahrnehmung der Interessen der Steuerzahler und in Ausübung dieser Wahrnehmung bitte ich, den Antrag abzulehnen. Es wäre richtiger gewesen, wenn man mit dem Antrage solange gewartet hätte, bis die Vorschläge auf Erweiterung des Bürgerrechts vorliegen und der Rechtslosigkeit weiter Kreise ein Ende bereitet wo nur 2 Proz. der Bewohner das Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen, würde durch diesen Antrag zur Erbitterung geschaffen. Das Resultat würde ein weiteres Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl um 1000 anlässlich der nächsten Reichstagswahl sein. Schon deshalb hätte man warten sollen. Man hat anlässlich dieses Antrages von der Erhöhung der Beamtensgehälter gesprochen. Nun, die unteren Beamten haben lange genug warten müssen, bis man ihrer auch nur in geringstem Maße gedacht hat. Ehe man den hohen Beamten etwas zulegt, solle man erst der kleineren Beamten gedenken. Die Erhöhung sei auch bei den kaufmännischen Senatoren nicht notwendig. Würden die-je ihre ganze Kraft und Thätigkeit dem Senatsposten zuwenden, dann wäre die Bezahlung eine viel zu geringe. Hier handele es sich aber doch nur um einen Ehrenposten. Den Präses der Handelskammer hat man doch in seinen Ehren-Ausgaben ganz gewaltig beschränkt und hier will man mit den Ehren-Ausgaben noch höher gehen! Wo bleibt da die Logik? Die für unsere Senatoren alljährlich aus-geworfenen Summen sind für unseren Kleinstaat vollständig genügend. Fast möchte man ja zu den Wichmann'schen Vorschlägen zurückkehren, die eine Verringerung der Senatorenzahl bezweckten. Er wolle aber nicht so weit gehen, hätte es aber für wichtiger gehalten, wenn im Interesse der Bevölkerung von dieser Erhöhung Abstand genommen worden wäre.

Weitere Redner sind nicht eingezeichnet, die Abstimmung ergibt die fast einstimmige Annahme des Antrages, der somit dem Bürgerauschuss überwiesen ist.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag Mühsam und Genossen auf Abänderung des § 40 der Geschäftsordnung.

Mühsam begründet den Antrag, der bezweckt, daß bei Berathung von aus der Mitte des Hauses gestellten Anträgen gleich ein Eingehen auf die Materie selbst möglich ist. Bisher konnte bei solchen Anträgen immer nur darüber gesprochen werden, ob dieselben dem Bürgerauschuss überwiesen werden sollen oder nicht. Dieser Zustand ist unhaltbar, und deshalb bitte er, seinen Antrag, den er bereits Redaction dem Präsidium überwiesen wissen möchte, anzunehmen.

Pape hat nichts gegen den Antrag einzuwenden, hätte aber gewünscht, daß man einmal die ganze Geschäftsordnung durchgehe. Es seien dort verschiedene Mängel vorhanden; er erinnere da nur an die Abstimmung über die Radfahrwege, wo manche Herren erst im letzten Augenblicke hochgekommen seien. Hier könne Abstimmung mittelst Stimmzettels erfolgen. Ferner sei ein großer Mangel das Reden von Plaque; die Herren Berichterstatter können bei diesem System nur die wenigsten Redner versetzen. Hier könne Remedur geschaffen werden, indem von einem bestimmten Plaque aus gesprochen würde.

Buchwald bemerkt, daß sich außer den von Mühsam angeführten Mängeln keine weiteren herausgestellt hätten. Deshalb sei ein Durcharbeiten der gesamten Geschäftsordnung überflüssig. Die Berichterstatter hätten einen solchen Platz erhalten; vielleicht könne das Präsidium einen besseren ausfinden.

Berichterstatter Dr. Dreher (schwer verstehend): Die letztere Frage habe den Stellvertreter wiederholt beschäftigt. Es sei sehr schwer, hier Remedur zu schaffen. Der Hauptfehler aber liege an den Rednern selbst, die nicht zum Präsidium geredet, nicht laut und deutlich genug sprächen.

Der Antrag Mühsam wird dem Präsidium überwiesen. Schluß der Sitzung 1/4 Uhr.

Lübeck und Nachbargemeinde.

Dienstag, den 27. Mai.

Zugzug ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Neustadt i. S., Preetz, Burg a. F., Malchin, Nöbel, von Werftarbeitern (Mietern und Stemmern) nach Segeßel (Bremer Vulkan), von Steinsehern, Kammersteinmehern und Grauwülfen nach Kiel, Schneydern nach Flensburg.

Eine öffentliche Seemannsversammlung findet am Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Th. Kraße, Untertrabe, statt. Der Vorstandsvorsitzende des Verbandes,

Genosse Paul Müller-Hamburg wird einen Vortrag halten über „Die Seemannsbewegung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Die am Hafen thätigen Genossen werden gebeten, in den Kreisen der Seeleute für einen regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Zur Lohnbewegung der Barbier wird uns von der Lohnkommission geschrieben: „Die Lohnbewegung dauert unverändert fort. Bemilligt haben noch: Kahlke, Engelsgrube, Miede, Waisenhoffstraße und Koch, Steinraderweg. Bemerkte sei noch, daß Herr Wieninda, der den Tarif unterschrieben hat, trotzdem nicht nach demselben bezahlt. Diese Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.“

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Montag Abend zwischen 8 und 9 Uhr am Hafen. Als der mit einer Ladung Steinkohlen für die hiesigen Gasanstalten von Newcastle hier eingetroffene Dampfer „Anna Pödeus“ die Drehbrücke passieren wollte, gerieth das zum Festmachen des Schiffes bestimmte Boot, in welchem sich die Hafenarbeiter Weiphal und Hildebrandt befanden, zwischen das Schiff und dem vor der Brücke befindlichen Pfahl. Hierdurch wurde das Boot zersplittert und dem Arbeiter Hildebrandt der Brustkorb und Kopf breit gequetscht, während Westphal einen schweren Schenkelbruch erlitt. Beide Verunglückte wurden per Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht. An dem Aufkommen des Hildebrandt, der Vater von 6 Kindern ist, wird gezweifelt. — Wie uns soeben von der Leitung des Krankenhauses mitgeteilt wird, befinden sich beide Verletzte auf dem Wege der Besserung. Wenn bei Hildebrandt nicht noch innere unvorhergesehene Komplikationen eintreten, hofft man ihn am Leben erhalten zu können. Westphal geht es verhältnismäßig gut.

Um in Zukunft ähnlichen Unglücksfällen vorzubeugen, empfiehlt es sich, daß in die Hafenordnung eine Bestimmung aufgenommen wird, nach welcher größere Schiffe nur unter Assistenten von Schleppdampfern die Brücke passieren dürfen. Die Ausgaben, welche an Schleppgebühren entstehen, sollten hierbei gar nicht in Betracht kommen.

In Krankenkassenangelegenheiten dürfte es angebracht sein, einmal ein offenes Wort zu reden, damit Tausende von Arbeitern nicht Ausbeutern in die Hände fallen und ihr schwer verdientes Geld verlieren. Im Laufe der letzten Jahre sind eine Reihe von Krankenkassen entstanden, wovon viele durch Versprechen hohen Kranken- und Sterbegeldes Klame zu machen wußten und worauf auch Tausende von Arbeitern, darunter auch Klassenbewußte und aufgeklärte, hereingefallen sind, obwohl das tägliche Leben schon in den Fabrik- und Ortskassen lehrt, daß derartig hohe Versprechungen nicht eingehalten werden können, denn die Gebühren für Agenten u. sind so hoch, daß für die Kranken wenig oder gar nichts übrig bleibt und hat ja das Zusammenbrechen verschiedener dieser vielversprechenden Krankenkassen den Beweis hierfür geliefert. Vollständig von diesem System abweichend, hat es die 1891 vom jetzigen Reichstagsabgeordneten Georg Horn gegründete „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe, E. S. A., Sitz Meißen“ verstanden, sich durch ruhiges und besonnenes Arbeiten ohne prahlerische Klame vorwärts zu bringen und sich in ganz Deutschland auszubreiten. Wer sich daher dieser Kasse als Mitglied anschließen will, wende sich an den Geschäftsführer Bruno Reinhold in Meißen, Martinstraße 2, welcher gern nähere Auskunft giebt und Statuten und Aufnahmehefte versendet. Im Uebrigen verweisen wir die Leser auf die Annonce in heutiger Nummer.

* Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. In der Versammlung am Mittwoch wird Herr Dr. Reinken seinen Vortrag über „häufige Krankheitserscheinungen“ fortsetzen. Die Berichterstattung über die Gruppenversammlung in Bergedorf erfolgt ebenfalls in dieser Versammlung.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug am Montag 13 1/2 Grad Celsius.

Bei der Unterzeichnung von schriftlichen oder gedruckten Erklärungen wird, wie wir auch vielfach aus Dreifachenaufträgen sehen, sehr häufig nicht mit der gehörigen Vorsicht und Sorgfalt verfahren. Es sei deshalb einmal darauf hingewiesen, daß der, der seine Unterschrift unter eine solche Erklärung giebt, in der Regel sich nicht darauf berufen kann, er habe nicht gelesen, was er unterschrieben habe; seine Unterschrift gilt, auch wenn er das Unterschriebene wirklich nicht gelesen hat. Nur dann braucht er die Unterschrift nicht gelten zu lassen, wenn er nachweisen kann, daß er über die Bedeutung des Unterschriebenen im Irrthume war und daß er bei richtiger Kenntniß der Sachlage die Unterschrift nicht gegeben haben würde. Ganz abgesehen aber davon, daß dieser Nachweis meist sehr schwer sein wird, ist zu beachten, daß derjenige, der unter diesen Umständen seine Unterschrift mißbraucht, den bei der Sache beteiligten Personen für den Schaden ankommen muß, den diese dadurch erleiden, daß sie auf die Gültigkeit der Unterschrift vertraut haben.

Mittel gegen Brandwunden. In den meisten schon vorhandenen Mitteln gegen Brandwunden wird ein neues als ganz vorzüglich empfohlen. Man stellt es her aus 100 Gramm Kalzwasser, 100 Gramm Leinöl und 5 Gramm Karbolsäure. Durch trüchtiges Rühren und Schütteln dieser drei Bestandtheile entsteht eine flüssige Seife, die sich bei Brandwunden so gut bewährt hat, daß sie eigentlich in keinem Hausstall fehlen, sondern immer vorrätig sein sollte. Die Schmerzen werden nach mehrmaligem Verschreiben der verbrannten Stellen mit der Seife verschwinden und in kurzer Zeit wird eine Heilung der Brandwunden eintreten. Besonders bedenklich sind Brandwunden, die dadurch entstehen, daß beim Anzünden von Streichhölzern ein wenig Phosphor abtropft und die Haut trifft. Hier empfiehlt sich sofortiges Eintünchen der beschädigten Stelle in eine starke Sodaauslösung in Wasser. Der Phosphor geht mit der Soda eine chemische Verbindung ein, die ganz unschädlich ist, was man von dem bloßen Phosphor nicht behaupten kann.

Keine amtliche Nachrichten. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Eichenburg und Berling hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz im Finanzdepartement übernommen.

Der Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat, wie wir der juristischen Zeitschrift „Das Recht“ entnehmen, kürzlich eine Entscheidung gefällt, welche für Handlungsgehilfen wichtig ist. Sie lautet:

Ein Abkommen, daß der Prinzipal auch bei der geringsten ferneren Unregelmäßigkeit den Handlungsgehilfen soll entlassen dürfen, ist an sich rechtlich belanglos, wohl aber

gericht überwiesen worden, wenn nicht unser pfälzisches Partei-Organ, die „Pfalz, Post“ detaillierte Schilderungen der nächtlichen Quälereien der Rekruten durch alle Mannschaften ans Licht der Öffentlichkeit gezogen hätte. Die Ursache der nächtlichen Ueberfälle erklärten die Angeklagten dahin, daß die Rekruten „furcht gemessen“ und daß man ihnen „Respekt beibringen“ wollte. Die Furcht der „Jungen“, die man also erzog, zeigte sich darin, daß diese sich nicht jede Anrempelung der „Alten“ gefallen ließen und sich gegen sie auflehnten. Ein Wort genügte oft schon, um sie für die Heimjuchung reif zu machen. Eine Meldung über die Prügeleien zu erstatten, getraute sich Niemand, weil, wie ein Zeuge auf Befragen angab, sie befürchten mußten, dann nochmals Hiebe zu bekommen. Der Offizialverteidiger, ein Oberleutnant, versuchte es, die Geschichte von der übrigen Seite aufzufassen. Er meinte, daß die Angeklagten „Opfer der Verhältnisse“ wären; denn es sei ja nicht einer dienstlichen Meldung zu danken, daß sie vor dem Gericht stehen, sondern nur „auf Grund eines tendenziös aufgebauten Zeitungsartikels“ sei Anklage erhoben worden. Hätte sich die Presse nicht eingemischt, so wären die Angeklagten mit leichten Disziplinarstrafen davongekommen. Er glaube auch nicht, daß die Schläge eine Strafe für die Rekruten sein sollten, sondern daß das Ganze nur als ein Akt aufzufassen sei. Wenn die Leute geschlagen würden, so wären die Schläge nur die Begleiterscheinung des Unfuges gewesen. Das Gericht schloß sich dieser überzeugenden Vertheidigung nicht an. Es verurtheilte bei aller Milde der Auffassung, wie sie bei der tatsächlichen geringfügigkeit der unter Anklage gestellten Fälle gegeben war, die vorgekommenen Ueberfälle auf das allerentschiedenste und verhängte über die Angeklagten Gefängnisstrafen von 8 bis zu 15 Tagen. — Wenn der Herr Oberleutnant die Hiebe bekommen hätte, so wäre ihm die Geschichte wohl etwas weniger ulkig vorgekommen.

Kleine politische Nachrichten. Die Siegenzer Staatsanwaltschaft leitete gegen den Gesamtdorfbau der verkrachten niederösterreichischen Kreditbank, deren Kassier Frisch wegen Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war, das Ermittlungsverfahren wegen Verschleierung der Bilanzen ein. Durch Einstellung falscher Posten in die Bilanzen soll die Verteilung einer verprozentigten Dividende ermöglicht worden sein. — Pensioniert wurden in der deutschen Armee vom 1. April bis 15. Mai: 1 General der Infanterie, 5 Generalleutnants, 16 Generalmajore, 18 Oberste, 10 Oberleutnants, 31 Majore, 21 Hauptleute, 14 Oberleutnants, 7 Leutnants. In Summa 123 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 550.000 Mk. Ohne Pension wurden verabschiedet: 4 preussische Leutnants und ein bayerischer. Ohne Pension zur Marine und Landwehr übergeführt wurden: 2 preussische Oberleutnants, 9 preussische Leutnants. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit im obgenannten Zeitraum 139. — Die Gemeindevorsteher in Rada beabsichtigen, nachdem ihr mißgünstiges Los war, der Großherzog von Baden habe die Befähigung des Papors Weingart abgelehnt, eine freireligiöse Gemeinde zu bilden. — Die französische Kammer ist am 1. Juni, der Senat am 3. Juni einberufen. Bis dahin wird Präsident Douhet hoffentlich von seiner Sprichsagart nach St. Petersburg und Kopenhagen zurück sein und die Aufrechterhaltung des Ministeriums dürfte bald vor sich gehen. — Pabodiebovoszew, das geistige Haupt der russischen Reaktion ist unannehmlich plötzlich in Petersburg wieder eingetroffen, trotzdem sein Urlaub noch Wochen hinaus andauern sollte. Wie verlautet, ist seine Rückkehr durch die Erklärung der Wiesbadener Polizei herbeigeführt, die ihn in Kenntnis setzte, daß sie nicht für seine Sicherheit garantieren könne. — Der Patriarch der Serben, bei dem der Hauptarchiepiscopus verstorben wurde, hat jetzt eine gerichtliche „Sühne“ erlangt. Der Angeklagte Schütz wurde zu 15 Jahren schweren Zuchthaus, Franz Schütz zu 5 Jahren, Paul Werner und Franz Sasotny zu je 3 Jahren Zuchthaus in leichteren Fällen verurtheilt, während vier Finanzwachleute und der Generalwachtmeister von Schabatz zu je 7 Jahren Zuchthaus und die übrigen Generalwachtmeister von Schabatz, mit Ausnahme von 7 Mann, zu je 5 Jahren verurtheilt wurden. — In der albanischen Grenze kam es, nach einer kühnen Drahtschneidung am 2. Juni, bei Zeta zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen montenegrinischen Hirten und Albanesen, bei dem auf beiden Seiten mehrere Personen getödtet und verwundet wurden. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um die Ausübung der Viehzucht zu verhindern. — Die Revolution in Kolumbien zeichent sich immer dieses angriffliche Land. Nach einem Telegramm des „New York Herald“ hat neuerdings das amerikanische Kriegsschiff „Albatros“ aus Colon berichtet, daß bei Chiriqué Grande eine Schlacht zwischen kolumbianischen Regierungstruppen und Liberalen stattgefunden hat. Der Militärgouverneur von Colon, Gomez, soll hierbei gefallen sein.

Dänemark.

Ganz im Vorbeigehen, weil es gerade in einem Aufwachen ging, hat Herr Loubet auch dem mit dem Zaren nahe verwandten dänischen Königshaus die Ehre seines Besuchs zu Theil werden lassen. Vorste wurden ausgedrückt, die Nationalhymnen gespielt und zum Abschied Salutsschüsse geschossen. Dänemark scheint also als Mitläufer der franco-russischen Allianz ins Schlepptau genommen zu werden. Am Ende entwickelt sich der Zweibund noch zum Dreibund weiter. Natürlich nur zur Stabilisierung des beherrschten europäischen Gleichgewichts und zur Sicherung des Welt- und Völkerfriedens.

Schweden.

Der gesetzliche Schutz des Koalitionsrechtes, wie er in einem Antrag des Liberalen Bergström angefordert wurde, ist von beiden Kammern abgelehnt worden. Die Erste Kammer lehnte den Antrag ohne Stimmzählung ab. In der Zweiten Kammer sprachen außer dem Gewissen Branting mehrere liberale Abgeordnete sich gegen den Antrag Bergströms. Er wurde hier mit 102 gegen 57 Stimmen verworfen.

Die großartige Wahlrechtsdemokratie der schwedischen Arbeiterpartei und ihr ulkiger und in jeder Hinsicht würdiger Verlauf wird Manchen geradezu überrascht haben. Man geht in Deutschland im Allgemeinen wenig auf das, was in den nordischen Ländern geschieht, man beachtet auch sehr wenig die kulturelle Entwicklung, die in Schweden seit einigen Jahrzehnten vor sich geht. Die schnelle Entwicklung der Großindustrie einseitig, andererseits aber auch der hohe Stand der allgemeinen Volksbildung (die Folge eines guten Schulwesens) sind es, die der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die Wege gebahnt haben, so daß in so kurzer Zeit die Bewegung zu solcher Höhe gelangt ist, daß 116.000 Menschen

mit Begeisterung und doch in aller Ruhe, der Parole der sozialdemokratischen Partei folgend, die Arbeit niederlegten, um ein ideales Gut, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, und daß sie eben so ruhig und ordnungsgemäß die Arbeit wieder aufnahmen, um abzuwarten, ob ihnen nun endlich in den nächsten Jahren ihr Recht zu Theil wird. „Es ist kaum ein Menschenalter verflossen“, schreibt Kopenhagener „Sozialdemokraten“, „seit der Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung ihren Einzug in Schweden hielten. Es war ungefähr 1885, fünfzehn Jahre später als in Dänemark. Aber Schwedens überaus schnelle Großindustrielle Entwicklung gab einen fruchtbareren Boden für den Sozialismus ab. Und der schwedische Arbeiterstand war ein brillanter Stoff, der nur des veredelnden und erzieherischen Einflusses des Sozialismus bedurfte. Die Unkraft des schwedischen Arbeiters kam früher in blutigen Schlägereien und mächtigen Saufereien zum Ausdruck. Noch jetzt wird nicht so selten davon berichtet — aber draußen von den Dörfern, aus den Kreisen der noch unorganisirten Arbeiter. In den Städten und den Industriestädten wurden die Kräfte geschult, die starken Triebe und Leidenschaften wurden in den ruhigen, aber um so wirksameren Strom der Organisation geleitet. Die vielen hüpfenden, springenden, brausenden Bergwässer sind in einen mächtigen Strom zusammengelassen, der breit und majestätisch mit ruhiger, unüberstehlicher Kraft das Kultur-Ideal der internationalen Arbeiterschaft auch in Schweden dem Ziele zuführt. — Bei dem letzten See- und Hafenarbeiterstreik hier in Dänemark glückte es den Rhedern kaum, auch nur einen einzigen schwedischen Streikbrecher anzutreiben, man mußte sich nach Rußland wenden. Das ist das Resultat von 15 Jahren Organisationsarbeit in Schweden. Wir sind stolz darauf, Nachbarn eines Landes zu sein, das im Verlauf einer so überraschend kurzen Zeit eine solche Arbeiterbewegung hervorgerufen hat. Die Zeit ist gewiß nicht fern, wo die schwedische Arbeiterpartei die Hauptpartei in Skandinavien Sozialdemokratie sein wird.“

Rußland.

Ueber ein zweites Attentat wird dem „Vorwärts“ aus Wilna gemeldet: Außer v. Wahl ist noch ein Beamter, unter dessen Leitung die grausame Exekution vorgenommen wurde, von der fürchterlich aufgeregten Arbeiterschaft bereits gegüht worden. Ein Arbeiter überfiel auf der Straße den Polizeikommissar Kontschewsky und versetzte ihm mit einem Stock einen wichtigen Hieb auf seinen Kopf, so daß er benimmungslos zu Boden stürzte. In der Proklamation, die die sozialdemokratischen Organisationen Wilnas nach der Exekution veröffentlichten (erschienen in russischer, jüdischer und polnischer Sprache), heißt es, „wir wollen kein menschliches Blut vergießen, aber wenn die fürchterliche Aufregung, die unter der Arbeiterschaft wegen der grausamen Exekution herrscht, sich in Gewaltthatigkeiten äußern wird, so fällt die Verantwortung nicht auf uns, sondern ausschließlich auf v. Wahl und seine Mithelfer.“ Die jüdische Arbeiterschaft Wilnas hat ihren Helfern diesmal gezeigt, daß man im 20. Jahrhundert sogar im despotischen Rußland nicht ungestraft menschliches Blut vergießen darf.

Die Bauernunruhen haben sich neuerdings auch auf die Stadt und das Gouvernment Saratow und das Don-Gebiet erstreckt, wo sie einen größeren Umfang angenommen zu haben scheinen, da außerordentliche Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung getroffen worden sind.

Belgien.

Bei den Wahlen, welche am letzten Sonntag stattfanden, handelte es sich, wie bereits jüngst von uns ausführlich gemeldet wurde, um Neuwahlen für die Hälfte der Mitglieder der Repräsentantenkammer sowie für einige neue Sitze in der Kammer und im Senat. Nach dem zweijährigen Turnus schieden diesmal aus die Vertreter der Provinzen Brabant, Ostflandern, Antwerpen, Luremberg und Namur, die Mandatsdauer betrug 4 Jahre. Außer dem neuen komplizierten Wahlsystem war Ende Dezember 1899 noch eine Vermehrung der Kammermandate von 152 auf 166 beschlossen worden, und neben den 14 neuen Kammermitgliedern waren auch 7 neu geschaffene Mandate für den Senat zu besetzen. Während also die Bezirke Westflandern, Lüttich, Hennegau und Limburg erst in zwei Jahren wieder vor allgemeinen Wahlen stehen, hatten sie von den neuen Sitzen bei den jetzigen Wahlen doch 6 Kreise zu besetzen und zwar in Gent, Alost, Soignies, Charleroi, Lüttich und Verviers. Die anderen 8 neuen Sitze entfallen auf 3 in Brüssel, 2 in Antwerpen, je einen in Courtrai, Brügge und Namur. Von den bisherigen Abgeordneten schieden aus 47 Merikale, 20 Liberale, 10 Sozialdemokraten.

Der Ausfall der Wahlen ist, nach dem bisher vorliegenden Wahlergebnis, den Merikalen günstig. Diese gewinnen eine oder zwei Stimmen auf Kosten der Opposition. Die Merikale Regierung wird in Zukunft über eine Mehrheit von 22 Stimmen, anstatt wie bisher 20 Stimmen, verfügen. Die Merikalen haben 7 von den neuen Sitzen erhalten; ebenso erhält die Opposition 7 Sitze, die sich auf vier Sozialisten, 2 Liberale und 1 christlichen Demokraten verteilen. Die neue Kammer wird, vorbehaltlich der Nichtstellung der bisherigen Resultate durch die anstehende Feststellung der Ergebnisse, 94 regierungstreue Katholiken zählen. Die Opposition wird sich aus 2 christlichen Demokraten, 35 Liberalen, 34 Sozialisten und 1 Unabhängigen zusammensetzen und im Ganzen 72 Mitglieder umfassen. Die auscheidenden Deputirten der Merikalen Partei wurden sämmtlich wiedergewählt. In den Arrondissementen Brüssel, Charleroi und Soignies erfuhr die Zahl der sozialistischen Wähler eine merkwürdige Abnahme. In Antwerpen sind die Stimmen für die Liberalen zurückgegangen. In Gent gaben nach der „Frankf. Zeitung“ viele Sozialisten weiße Felle ab, um ihre Unzufriedenheit mit der Parteilichkeit zu bekunden. — Das Wahlergebnis zeigt ein Erschlaffen der revolutionären Energie in den belgischen Arbeitermassen, was zweifellos auf das Konto der mißglückten Generalstreikbewegung zu setzen ist; an bedauerlicher ist der Rückgang der Stimmen in den alten sozialistischen Hochburgen von Charleroi und Soignies. Hoffentlich gehen mehrere belgischen Genossen aus der Wahl die entsprechende Lehre, dann wird die überaus Niederlage

bei der Wahl noch in letzter Linie zum Vortheil der belgischen Arbeiterpartei ausschlagen.

Italien.

Viel Lärmen um nichts! Nach Meldungen der Sensationspresse sollte der König von Italien am Sonntag das Ziel eines, wenn auch glücklicherweise mißglückten „Attentats“ gewesen sein. Inzwischen handelt es sich nach den letzten Nachrichten um einen ziemlich harmlosen Vorfall. Auf seine Fahrt nach Palermo zur Eröffnung der dortigen Ausstellung traf Viktor Emanuel Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr in Neapel ein. Der königliche Sonderzug fuhr am Hafen vorbei. Im Arsenal wurde gearbeitet. Am Eingang des Arsenals stand nun ein Schuster namens Guerriero 42 Jahre alt, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, und warf einen Ziegelstein gegen den Zug, wobei er aber nur den Wagen traf, der vor dem Salonwagen des Königspaares fuhr; in dem betworfenen Wagen saßen die Eisenbahningenieur. Bevor der Ziegelstein weiter verhaftet werden konnte, wiederholte er den Wurf ohne jedoch abermals jemand zu treffen. Bei der Vernehmung vor dem Staatsanwalt hüllte sich Guerriero in Schweigen. Wie man der Berliner „Volkszeitung“ aus Neapel drahtet, ist das Ziegelstein-Attentat ein Nachakt der Camorra. Guerriero sei bereits als Haupt der Camorra bekannt, die 1893 bei den Straßenunruhen in Neapel die Geschäfte französischer Firmen plünderte und in Brand setzte.

Transvaal.

Zu den Friedensverhandlungen bringt die Londoner Zeitung „Sunday Special“ in Form einer Johannesburg-Meldung folgende Mittheilung: Die Friedensverhandlungen schreiten ruhig fort. Drei Fragen der Burenbelegirten wurden dem Rabinetsrath unterbreitet und erörtert, welche Zeit bis zur Gewährung der Autonomie verstreichen wird; zweitens, wie es mit dem Gebrauch der Burensprache in den Schulen gehalten werden wird; drittens, wie lange den Kaprebelln das Stimmrecht entzogen sein wird. Man glaubt, daß betreffs aller drei Punkte ein Verständigung erreicht werden wird; doch könne das endgültige Abkommen länger auf sich warten lassen, als man allgemein glaubt.

Westindien.

Die Katastrophe auf den Kleinen Antillen. Der französische Kolonialminister gab dem stellvertretenden Gouverneur auf Martinique Vollmacht, allen denen aus dem Hilfsfonds Ueberfahrts-gelder nach Frankreich reich oder dessen Kolonien zu gewähren, die nachweisen können, daß sie Verwandte oder Hilfsmittel in dem Lande nach dem sie sich begeben wollen, haben. In Ausführung dieser Anordnung sind bereits 967 Personen in Guadeloupe angekommen, wo die Lage nach wie vor ausgezeichnet ist. — Die Berichte, welche die nach Martinique entsandte amerikanische wissenschaftliche Expedition veröffentlicht, lauten sehr schlimm; es wird auf die Gleichartigkeit mit dem Ausbruch des Vulkans auf der Sunda-Insel Krakatau hingewiesen. Die Berichte betonen ferner, es sei leicht möglich, daß der ganze nördliche Theil von Martinique zerstört werden könnte.

Philippinen.

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen auf den Philippinen, General Chaffee, drückt, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Manila drahtet, seine Mißbilligung über die freisprechenden Urtheile über Major Waller und Leutnant Day aus, die wegen Grausamkeiten gegen die Eingeborenen vor ein Kriegsgericht gestellt waren. Er sei der Ansicht, daß hier eine Verirrung der Justiz vorliege und daß die gefällten Urtheile im Widerspruch mit dem beigebrachten Beweismaterial ständen. Leutnant Day tadelt er, weil dieser den Geisteszustand Wallers kannte, aber trotzdem anstatt ihm eine Verzögerung anzurathen, was seine Pflicht gewesen wäre, dessen Befehle schleunigst ausführte. Das hätte in Anbetracht der Umstände den Gehorsam verjagen müssen. Dadurch würde er die Ehre des Landes gemindert und die traurigen Vorkommnisse verhindert haben.

Bersammlung der Bürgerschaft

am Montag, den 26. Mai.

J. St. Der Wortführer eröffnet die Bersammlung um 10,25 Uhr. Senator Dr. Kling macht Mittheilung von dem Einvernehmen mit den vom Bürgerausschuß gefassten Beschlüssen. Beim Punkt: Endgültige Anweisung der bisher vorläufig für das Seebad Travemünde bewilligten Gelder im Betrage von 437 238,25 Mk. wünscht Dr. Meyer, daß das Badebaus in Travemünde auch am Nachmittag geöffnet ist. Senator Dr. Fehling erklärt sich mit dem Vordrucker einverstanden. Ab 15. Mai sei die Badeanstalt sowohl Vormittags als auch Nachmittags geöffnet. Dr. Meyer hat nur eine Bitte aussprechen wollen Senator Dr. Fehling sagt zu, daß auch für die Folgezeit die Badeanstalt Nachmittags geöffnet sein soll. Konrad Fehling giebt Auskunft über die Tagesarbeiten, an welchen die Anstalt geöffnet ist. Eine längere Debatte entpinn sich anlässlich des 2. Punktes Genehmigung des Staatsetztes und des Vorschlages der Verwaltungsbörde für städtische Gemeindefunkten, sowie der Vorschläge der Armenanstalt und des Waisenhauses für das Rechnungsjahr 1902 mit den durch den Beamten-Befolgungsetz vom 26. Februar 1902 herbeigeführten Veränderungen. Pape wünscht, daß der Witwe des Elementarlehrers Grob eine kleine Pension gewährt werde. Ferner rügt Redner, daß die Kinder von den Lehrern angehalten werden, beim Einkauf von den Händlern Angaben zu verlangen. Zum Schluß rügt Redner das Präparanden mit dem Soritren und Zulaufhalten des Tages beschäftigt werden. Senator Dr. Kling bemerkt dem Vordrucker, daß die Bürgerschaft ja selbst über diese Sachen zu beschließen habe. Boedeker erklärt als Leiter der Präparanden-Anstalt, daß ihm von der Pape geringere Beschäftigung der Präparanden nichts bekannt sei. Pape hätte besser gethan, sich zunächst an ihn zu wenden. Pape: Herr Hauptlehrer Beckmann wird dem Vordrucker über die fragliche Sache Auskunft geben. Schalmersch stellt einen im Budget enthaltenen Fehlbetrag fest. Des ferneren kommt Redner auf die Gehaltsliste der Elementarlehrer zu sprechen und bedauert, daß der älteste, seit 18 angestellte Elementarlehrer, erst am 1. Oktober 1906 in den Gehalts-Rangliste kommen. Gauszstein kommt auf das Nichttreiben am Bahnhof

sprechen und bittet den Senat, es vorläufig bei dem Alten zu belassen.

Senator Dr. Fehling: Es wird sich in dieser Sache schon ein Mittelweg finden lassen.

Dr. Wehler kommt auf die bakteriologische Untersuchung des Wassers, die von ihm vorgenommen worden sei, zu sprechen. Hier seien ihm von Dr. Biehl heftige Vorwürfe gemacht worden, die er, da Letzterer eine Nichtigstellung ablehne, an dieser Stelle als unbegründet zurückweisen müsse.

Bei der Gesamtabstimmung werden die Senatsanträge angenommen.

Nach längerer, aber unverständlicher und zum Theil unverständlicher Debatte werden die Senatsanträge auf Erlass eines dritten Nachtrages zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899, eines Nachtrages zum Gesetz vom 17. Mai 1876, betreffend die Erhaltung der Flurbücher, Mutterrollen und Karten bei der Gegenwart, eines fünften Nachtrages zur Verordnung vom 27. Mai 1872, die Verkaufsverpflichtung betreffend, und eines Nachtrages zur Bekanntmachung vom 19. November 1877, die Bildung einer vorläufigen Brandversicherungskasse betreffend, mit einer geringfügigen, redaktionellen Änderung angenommen.

Anlässlich des Senatsantrages auf Erlass eines neuen Unfallversicherungsgesetzes für Beamte erklärt

Dr. Görz sich mit der Fassung des § 8, der die Entscheidung der Renten dem Senat überläßt, nicht einverstanden. Redner sieht aber von der Stellung eines Antrages ab, will vielmehr die Entscheidung einem event. zu errichtenden Verwaltungsgerichtshofe überlassen.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Ferner liegt zum § 12 ein Antrag Vrecht auf redaktionelle Änderung des Paragraphen vor.

Nach einer kurzen Begründung seitens des Antragstellers mit dem sich Senator Dr. Stöckel einverstanden erklärt, wird der Antrag angenommen.

Gleichfalls wird die Gesamtvorlage angenommen.

Beim Punkt „Feststellung der im Rechnungsjahr 1902 auszuführenden Pflasterarbeiten in der Stadt“ rügt

Buchwald, daß die Vorlagen so spät zur Berathung gelangen.

Senator Dr. Klug sagt, wo es möglich sei, Abhilfe zu schaffen.

Jenne unterstützt die Anregung Buchwalds. Redner wirft die Frage auf, ob die Pflasterungen nicht billiger zu machen seien, und giebt dem Wünsche Ausdruck, daß sich die Beamten der Baudeputation an das halten, was von der Bürgerchaft beschloffen worden ist.

Senator Dr. Klug bemerkt dem Vorredner, daß die Baudeputation schon lange auf eine Verbilligung hinarbeite. Man hat Kleinpflaster verwendet, das habe sich aber nicht bewährt. Letzterem Umstand sei auch das eigenmächtige Vorgehen der Baudeputation zuzuschreiben. Es könne doch deswegen keine Extra-Versammlung einberufen werden.

Jenne erklärt, daß er bestimmte Beamten gar nicht gemeint habe, sondern lediglich die Beamten der Baudeputation. Die Beamten sollen sich die Sache erst genau überlegen, ehe an die Bürgerchaft herangetreten wird. (Sehr richtig.) Ich sage niemals etwas, was ich nicht beweisen kann.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Bernstein bemerkt zu der Kleinpflasterung der Cronsfelder Allee, daß sie sich sehr gut bewährt habe.

Schorer ist mit Jenne einverstanden. Es ist unbedingt notwendig, daß Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Dr. Meyer bleibt unverständlich.

Hempel wünscht, daß in denjenigen Straßen, wo sich Schulanneben, Chauvirung vorgenommen wird.

Dahms regt die Freilegung der linken Seite innerhalb des Burgthores an, damit dort eine Verbreiterung eintritt. Man könne vielleicht die Wache verschieben.

Senator Dr. Klug: Die Frage ist von der Baudeputation in Erwägung gezogen worden.

Dr. Zeyer führt will auch Rücksicht auf das Gerichtsgebäude genommen wissen.

Dr. Görz richtet an die Baudeputation die Bitte, die Frage der Pflasterungen nochmals eingehend zu erörtern. Die Fuhrwerke werden immer größer und schwerer. Die Kostenfrage komme erst in zweiter Linie; späterhin würde sich die Sache dann billiger gestalten.

Sahn wünscht Neupflasterung der oberen Regidien- und Bahmstraße.

Senator Dr. Klug erklärt sich mit Dr. Görz einverstanden, die Sache behalte man im Auge. Den Wünschen Sahn würde zu passender Zeit nähergetreten werden.

Schorer bleibt bei der herrschenden Unruhe unverständlich.

Rosenquist ist mit dem Vorredner einverstanden.

Kahn möchte Neupflasterung der Dankwartsgrube und Untertrabe.

Sußmann bekennt den Zustand der Burgstraße. Wenn erst einmal das zweite Straßenbahngleis dort gelegt werde, ... (Häse: „Ist ja schon!“ Stürmische Heiterkeit.)

Dr. Biehl: Hand in Hand mit der Pflasterungsfrage geht auch die Stiefelfrage, die aus die Ueberflimmungen in Berlin gelehrt haben.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Senatsantrage auf Feststellung der im Rechnungsjahre 1902 in den Vorstädten auszuführenden Wegearbeiten wünscht

Bernstein die Renovierung der Gernerstraße.

Senator Dr. Klug: Vor einer Reihe von Jahren wurde die Gernerstraße ausgebaut; die dortigen Eigentümer haben die Verbreiterung der Straße selbst vorzunehmen, wie ein Vertrag beweist. Die Forderungen der Eigentümer sind enorm hohe.

Dr. Brieß begründet die Senatsvorlage bezüglich der Herstellung eines Klinkerbelages auf dem Fußweg in der Roedstraße neben dem Stadtpark von der Poststraße bis zum Wiesenweg. Redner wünscht, daß dort für genügende Entwässerung gesorgt wird.

Dr. Meyer wünscht auch die Regulierung der Straße jenseits des Stadtparkes. Gleichfalls rügt Redner das Vorhandensein des Hagels an der linken Seite vor dem Burgthor. Auch der Weg ist dort miserabel. Die Conspiration muß gleichfalls renoviert werden.

Senator Dr. Klug bleibt unverständlich.

Rosenquist bittet, die Renovierung der Hütterthoranlagen möglichst zu beschleunigen.

Bernstein möchte die Belichtungsfarbe in den Hütterthoranlagen geregelt wissen.

Faktor Evers wünscht Fortführung der Klinkeranlage in der Linsenstraße.

Dr. Meyer: Der Eichbaum in der Konstantinstraße kann nach Ansicht des Stadtgärtners verschwinden; er soll aber auf höheren Befehl stehen bleiben.

Schwarzkopf äußert Wünsche hinsichtlich der Vorstadt St. Lorenz.

Mitter bleibt unverständlich.

Pape bittet um Regulierung der Dornestrafte, wenn dort auch nach Ansicht des Herrn Alm nur kleine Bente wohnen.

Dr. Meyer befragt die Eingabe der Vereine und bittet, derselben zu entsprechen. Die Mittel, die an Radfahrern eingegeben, werden nicht im Interesse der Radfahrer verwendet. Keiner der Vereine hat sich für die Errichtung eines Radfahrweges am Mühlenbamm ausgesprochen. Redner fragt an, ob das Auftragen des Reitweges in der Roedstraße auch auf Kosten der Radfahrer erfolgt sei. Zum Schluß spricht er sich für Aufhebung der Fahrradsteuer aus.

Senator Dr. Klug giebt Auskunft über die Verhältnisse an der Roedstraße. Der Reitweg dort ist auf Kosten der Wegekasse verbessert worden.

Rosenquist bezweifelt, daß der Weg in der Wallstraße für Radfahrer passend sei. Man könne sich dort das Genid brechen. Dafür müsse man 6 Mk. jährlich bezahlen.

Dr. Brieß erklärt sich mit Dr. Meyer einverstanden.

Dr. Meyer erklärt die Angaben des Senates nicht für richtig. Er befragt seinen Antrag.

Buchwald erklärt sich mit dem Mehrtheil einverstanden und bittet um Ablehnung des Senatsantrages auf Errichtung eines Radfahrweges auf dem Mühlenbamm.

Senator Dr. Klug bemerkt, daß in manchen Straßen gar kein Platz für Radfahrwege vorhanden sei. Redner hält den Radfahrweg am Mühlenbamm für notwendig.

Schorer bittet, daß vom Colosseum bis zum Krankenhaus ein Radfahrweg angelegt werde. Er bittet ferner, einen Radfahrweg zwischen Roedstraße und Hütterthorallee herzustellen.

Rosenquist ist dagegen, daß man Versuche unternimmt, wie in der Wallstraße.

Dr. Meyer: Die Benutzung des Radfahrweges am Lindenplatz ist gefährlich.

Dr. Biehl weist nach, daß bei der Meinungsverschiedenheit zwischen Dr. Meyer und dem Senatskommissar der Erstere im Recht sei.

Senator Wolpman bleibt unverständlich.

Dahms äußert einen Wunsch auf Herstellung eines Radfahrweges in der Wallstraße, wo er noch fehlt.

Die Senatsanträge auf Herstellung eines Radfahrweges in der Moiskinger Allee und am Mühlenbamm werden angenommen, letzterer mit geringer Majorität.

Der Antrag Dr. Meyer wird angenommen.

Der Bericht der Kommission, betr. das Wohnungspflegegesetz, wurde mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Zeit von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die Berathung des Antrages Rabe und Genossen, betr. Erhöhung der Honorare der Mitglieder des Senates auf 14 000 Mark für juristische und 6000 Mark für kaufmännische Senatoren.

Zur Begründung erhält das Wort der Antragsteller

Rabe, der den Antrag als den heutigen Verhältnissen entsprechend bezeichnet und um möglichst einstimmige Annahme desselben ersucht.

Pape: Ich persönlich wünsche nur, daß jeder Einzelne in Abseht zu viel wie möglich verdient. Hier aber handelt es sich um die Wahrnehmung der Interessen der Steuerzahler und in Ausübung dieser Wahrnehmung bitte ich, den Antrag abzulehnen. Es würde richtiger gewesen, wenn man mit dem Antrage solange gewartet hätte, bis die Vorschläge auf Erweiterung des Bürgerrechts vorliegen und der Reichstagswahl weiter ein Ende bereitet wo nur 2 Proz. der Bewohner das Wahrecht zur Bürgerchaft besitzen, würde durch diesen Antrag nur Erbitterung geschaffen. Das Resultat würde ein weiteres Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmengahl um 1000 anlässlich der nächsten Reichstagswahl sein. Schon deshalb hätte man warten sollen. Man hat anlässlich dieses Antrages von der Erhöhung der Beamtengehälter gesprochen. Nun, die unteren Beamten haben lange genug warten müssen, bis man ihnen auch nur in geringstem Maße gedacht hat. Ebe man den hohen Beamten etwas zulegt, solle man erst der kleineren Beamten gedenken. Die Erhöhung sei auch bei den kaufmännischen Senatoren nicht notwendig. Würden diese ihre ganze Kraft und Thätigkeit dem Senatorenposten zuwenden, dann wäre die Beziehung eine viel zu geringe. Hier handelt es sich aber doch nur um einen Ehrenposten. Den Präses der Handelskammer hat man doch in seinen Ehren-Ausgaben ganz gewaltig beschränkt und hier will man mit den Ehren-Ausgaben noch höher gehen! Wo bleibt da die Logik? Die für unsere Senatoren alljährlich ausgeworfenen Summen sind für unseren Kleinstaat vollständig genügend. Fast möchte man ja zu den Wichmann'schen Vorschlägen zurückkehren, die eine Verringerung der Senatorengehälter bezweckten. Er wolle aber nicht so weit gehen, hätte es aber für wichtiger gehalten, wenn im Interesse der Bevölkerung von dieser Erhöhung Abstand genommen worden wäre.

Weitere Redner sind nicht eingezeichnet, die Abstimmung ergibt die fast einstimmige Annahme des Antrages, der somit dem Bürgerausschuß überwiesen ist.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag

Mühlam und Genossen auf Abänderung des § 40 der Geschäftsordnung.

Mühlam begründet den Antrag, der bezweckt, daß bei Berathung von aus der Mitte des Hauses gestellten Anträgen gleich ein Eingehen auf die Materie selbst möglich ist. Bisher konnte bei solchen Anträgen immer nur darüber gesprochen werden, ob dieselben dem Bürgerausschuß überwiesen werden sollen oder nicht. Dieser Zustand sei unhaltbar, und deshalb bitte er, seinen Antrag, den er zurückschickte dem Präsidium überwiesen wissen möchte, anzunehmen.

Pape hat nichts gegen den Antrag einzuwenden, hätte aber gewünscht, daß man einmal die ganze Geschäftsordnung durchgehe. Es seien dort verschiedene Mißstände vorhanden; er erinnere da nur an die Abstimmung über die Radfahrwege, wo manche Herren erst im letzten Augenblick hochgekommen seien. Hier könne Abstimmung mittelst Stimmzettels erfolgen. Ferner sei ein großer Mißstand das Neben vom Plaque; die Herren Berichterstatter können bei diesem System nur die wenigsten Redner verstehen. Hier könne Remedur geschaffen werden, indem von einem bestimmten Plaque aus gesprochen würde.

Buchwald bemerkt, daß sich außer den von Mühlam angeführten Mißständen keine weiteren heranzustellen hätten. Deshalb sei ein Durcharbeiten der gesamten Geschäftsordnung überflüssig. Die Berichterstatter hätten einen schlechten Platz erhalten; vielleicht könne das Präsidium einen besseren ausfinden.

Wortführer Dr. Brehmer (stark verständlich): Die letztere Frage habe den Stellvertreter wiederholt beschäftigt. Es sei sehr schwer, hier Remedur zu schaffen. Der Hauptfehler aber liege an den Rednern selbst, die nicht zum Präsidium gewendet, nicht laut und deutlich genug sprächen.

Der Antrag Mühlam wird dem Präsidium überwiesen

Schluß der Sitzung 1 1/4 Uhr.

Rüben und Nachbargeliebte.

Dienstag, den 27. Mai.

Zugung ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Neustadt i. S., Preetz, Burg a. F., Malchin, Nöbel, von Werftarbeitern (Mietern und Stemmern) nach Begeleit (Bremer Vulkan), von Steinsetzern, Rammern, Steinmetzen und Granitschleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg.

Eine öffentliche Seemannsversammlung findet am Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei H. Kruse, Untertrabe, statt. Der Centralvorsitzende des Verbandes,

Genosse Paul Müller-Hamburg wird einen Vortrag halten über „Die Seemannsbewegung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Die am Hafen thätigen Genossen werden gebeten, in den Kreisen der Seeleute für einen regen Besuch dieser Versammlung zu agitiren.

Zur Lohnbewegung der Barbier wird uns von der Lohnkommission geschrieben: „Die Lohnbewegung dauert unverändert fort. Bewilligt haben noch: Radeke, Engelsgrube, Wiege, Waisenhoffstraße und Koch, Steinradweg. Bemerkte ich noch, daß Herr Wieninda, der den Tarif unterschrieben hat, trotzdem nicht nach demselben bezahlt. Diese Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.“

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Montag Abend zwischen 8 und 9 Uhr am Hafen. Als der mit einer Ladung Steinkohlen für die hiesigen Gasanstalten von Newcastle hier eingetroffene Dampfer „Anna Pödeus“ die Drehbrücke passieren wollte, gerieth das zum Festmachen des Schiffes bestimmte Boot, in welchem sich die Hafenarbeiter Westphal und Hildebrandt befanden, zwischen das Schiff und dem vor der Brücke befindlichen Pfahl. Hierdurch wurde das Boot zerplittert und dem Arbeiter Hildebrandt der Brustkorb und Kopf breit gequetscht, während Westphal einen schweren Schenkelbruch erlitt. Beide Verunglückte wurden per Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht. Am dem Aufkommen des Hildebrandt, der Vater von 6 Kindern ist, wird gezwweifelt. — Wie uns soeben von der Leitung des Krankenhauses mitgeteilt wird, befinden sich beide Verletzte auf dem Wege der Besserung. Wenn bei Hildebrandt nicht noch innere unvorhergesehene Komplikationen eintreten, hofft man ihn am Leben erhalten zu können. Westphal geht es verhältnismäßig gut.

Um in Zukunft ähnlichen Unglücksfällen vorzubeugen, empfiehlt es sich, daß in die Hafenordnung eine Bestimmung aufgenommen wird, nach welcher größere Schiffe nur unter Assistenz von Schleppdampfern die Brücke passieren dürfen. Die Ausgaben, welche an Schleppgebühren entstehen, sollten hierbei gar nicht in Betracht kommen.

In Krankenkassenangelegenheiten dürfte es angebracht sein, einmal ein offenes Wort zu reden, damit Tausende von Arbeitern nicht Ausbeutern in die Hände fallen und ihr schwer verdientes Geld verlieren. Im Laufe der letzten Jahre sind eine Reihe von Krankenkassen entstanden, wovon viele durch Versprechen hohen Kranken- und Sterbegeldes Neklame zu machen suchten und worauf auch Tausende von Arbeitern, darunter auch Klassenbewusste und aufgeklärte, hereingefallen sind, obwohl das tägliche Leben schon in den Fabriken und Ortschaften lehrt, daß derartig hohe Versprechungen nicht eingehalten werden können, denn die Gehühren für Agenten u. s. w. sind so hoch, daß für die Kranken wenig oder gar nichts übrig bleibt und hat ja das Zusammenbrechen verschiedener dieser vielversprechenden Krankenkassen den Beweis hierfür geliefert. Vollständig von diesem System abweichend, hat es die 1891 vom jetzigen Reichstagsabgeordneten Georg Horn gegründete „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe, E. S. R., Sitz Meißen“ verstanden, sich durch ruhiges und besonnenes Arbeiten ohne prahlerische Neklame vorwärts zu bringen und sich in ganz Deutschland auszubreiten. Wer sich daher dieser Klasse als Mitglied anschließen will, wende sich an den Geschäftsführer Bruno Reinhold in Meißen, Martinstraße 2, welcher gern nähere Auskunft giebt und Statuten und Aufnahmehefte versendet. Im Uebrigen verweisen wir die Leser auf die Annonce in heutiger Nummer.

* Verein für Gesundheitspflege und Naturrecht. In der Versammlung am Mittwoch wird Herr Dr. Reichenstahl seinen Vortrag über „häufige Krankheitserscheinungen“ fortsetzen. Die Berichterstattung über die Gruppenversammlung in Bergedorf erfolgt ebenfalls in dieser Versammlung.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug am Montag 13 1/2 Grad Celsius.

Bei der Unterzeichnung von schriftlichen oder gedruckten Erklärungen wird, wie wir auch vielfach aus Briefkastenartikeln sehen, sehr häufig nicht mit der gehörigen Vorsicht und Sorgfalt verfahren. Es sei deshalb einmal darauf hingewiesen, daß der, der seine Unterschrift unter eine solche Erklärung giebt, in der Regel sich nicht darauf berufen kann, er habe nicht gelesen, was er unterschrieben habe; seine Unterschrift gilt, auch wenn er das Unterschriebene wirklich nicht gelesen hat. Nur dann braucht er die Unterschrift nicht gelten zu lassen, wenn er nachweisen kann, daß er über die Bedeutung des Unterschriebenen im Irrthume war und daß er bei richtiger Kenntnis der Sachlage die Unterschrift nicht gegeben haben würde. Ganz abgesehen aber davon, daß dieser Nachweis meist sehr schwer sein wird, ist zu beachten, daß derjenige, der unter diesen Umständen seine Unterschrift mitbringt, den bei der Sache beteiligten Personen für den Schaden aufkommen muß, den diese dadurch erleiden, daß sie auf die Gültigkeit der Unterschrift vertraut haben.

Mittel gegen Brandwunden. Zu den vielen schon vorhandenen Mitteln gegen Brandwunden wird ein neues als ganz vorzüglich empfohlen. Man stellt es her aus 100 Gramm Kaliumwasser, 100 Gramm Weizen und 5 Gramm Karbolsäure. Durch tüchtiges Rühren und Schütteln dieser drei Bestandtheile entsteht eine süßliche Seife, die sich bei Brandwunden so gut bewährt hat, daß sie eigentlich in keinem Haus halt stehen, sondern immer vorrätig sein sollte. Die Schmerzen werden nach mehrmaligem Verreiben der verbrannten Stellen mit der Seife verschwinden und in kurzer Zeit wird eine Heilung der Brandwunden eintreten. Besonders bedenklich sind Brandwunden, die dadurch entstehen, daß beim Anzünden von Streichhölzern ein wenig Phosphor abprillt und die Haut trifft. Hier empfiehlt sich sofortiges Eintanzen der beschädigten Stelle in eine starke Sodalösung in Wasser. Der Phosphor geht mit der Soda eine chemische Verbindung ein, die ganz unschädlich ist, was man von dem bloßen Phosphor nicht behaupten kann.

Kleine amtliche Nachrichten. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Eichenburg und Berking hat Senator Dr. Fehling den Vorsitz im Finanzdepartement übernommen.

Der Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat, wie wir der juristischen Zeitschrift „Das Recht“ entnehmen, kürzlich eine Entscheidung gefällt, welche für Handlungsgehilfen wichtig ist. Sie lautet:

Ein Abkommen, daß der Prinzipal auch bei der geringsten ferneren Unregelmäßigkeit des Handlungsgehilfen soll entlassen können, ist an sich rechtlich belanglos, wohl aber

kann es der Richter bei der Bedeutung der Frage, ob wichtige Gründe zur sofortigen Entlassung vorliegen, berücksichtigen.“

Das Gesetz gestattet — so erläutert „Das Recht“ — die sofortige Entlassung des Handlungsgehilfen nur aus wichtigen Gründen und stellt die Beurteilung der Frage der Wichtigkeit eines Grundes dem freien richterlichen Ermessen anheim, so weit sich nicht aus dem Gesetz selbst Einschränkungen in dieser Hinsicht ergeben. Durch Privatabkommen kann das richterliche Ermessen nicht eingeengt, noch viel weniger kann an dessen Stelle das Belieben des Prinzipals gesetzt werden. In dieser Auslegung des Gesetzes führt die sozialpolitische Bedeutung der einschlägigen Bestimmungen des H.-G.-B., welche im öffentlichen Interesse den Schutz des Handlungsgehilfen als des Abhängigen und im Regelfalle wirtschaftlich Schwächeren gegen einen übermäßigen Druck von Seiten des Prinzipals bezwecken. Erwägt man, daß das Gesetz (§ 67) es den Parteien nicht einmal gestattet, die Kündigungsfrist auf weniger als 1 Monat festzusetzen, so kann es unmöglich die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, den Parteien in einem ungleich einschneidenderen Punkte, nämlich darin freie Hand zu lassen, beliebige Gründe zur sofortigen Entlassung festzusetzen. Es steht jedoch nichts im Wege, erscheint vielmehr geboten, bei Ausübung des richterlichen Ermessens der übereinstimmenden Willensmeinung der Parteien in billiger Weise Rechnung zu tragen, so daß unter diesem Gesichtspunkte Gründe, über deren objektive Erheblichkeit die Meinungen verschieden sein können, eine erhöhte Bedeutung gewinnen können. Dagegen kann die Rücksichtnahme auf Abmachungen der Parteien nicht so weit gehen, daß Umständen, die objektiv schlechthin von keiner Bedeutung sind, die Bedeutung wichtiger Entlassungsgründe beigelegt wird.

Moistung. Eine öffentliche Ziegler-Versammlung fand am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Schatt statt. Leider war die Agitation nicht so erfolgreich, wie sie eigentlich hätte betrieben werden sollen. Genosse Damer aus Lübeck hielt unter lebhaftem Beifall einen Vortrag über „Das Koalitionsrecht und die Arbeiter“. Nach einer kurzen Diskussion erfolgte Schluß der Versammlung. Wenn auch die Arrangements der Versammlung mit derselben nicht zufrieden sind, so ist dieselbe dennoch insofern von Erfolg gekrönt gewesen, als wieder einmal neues Leben in die Zieglerbewegung hineingebracht worden ist. Hoffentlich gelingt es auch, die Ziegler für die Organisation zu gewinnen. Auch hier wird und muß es, wenn auch langsam, tagen.

Storfedorf. Die allgemeine freiwillige Kranken- und Sterbekasse, deren Gründung kürzlich vollzogen worden ist, zählt bereits 41 Mitglieder. Der Vorstand ist bereits gewählt worden. In einer demnächst stattfindenden zweiten General-Versammlung, in welcher wieder Neuaufnahmen gemacht werden, sollen die Ergänzungswahlen, die Wahl des Ausschusses u. erfolgen.

Cribitz. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung fand am verfloffenen Sonntag im Lokale der Frau Lübbert statt. Es hatten sich ca. 40 Personen

eingefunden. In dieser Versammlung referierte Genosse Variels-Lübeck über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.“ Nach kurzer Diskussion wurde die Gründung eines Bildungsbereins beschlossen, dem sofort 30 Mitglieder beitraten. Die Saat ist aufgegangen, hoffentlich trägt sie bei der nächsten Reichstagswahl gute Früchte.

Entin. Eine schreckliche Blatthat sollte nach einem stark auftretenden Gerücht am Sonntag begangen worden sein. Glücklicherweise handelte es sich nur um eine Schlägerei, bei der der Arbeiter Peterßen allerdings geringe Verletzungen davon getragen hat. Der Streit zwischen P. und den Müllern Müller und Spengler soll wegen P.'s Frau entstanden sein; im Verlaufe desselben bearbeiteten die beiden Müller den P. mit den Stiefelabläßen im Gesicht. P. kam ins Krankenhaus und die beiden Müller ins Gefängnis.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maurer in Neumünster beschlossen, den Streik auf 8 Tage zu vertagen. Sie wollen jedes übereilte Vorgehen vermeiden. — Die Flensburger Schneidermeister wollen eine Ansperrung der Arbeiter auf 8 Wochen vornehmen, falls nicht die Behauptung in unserem Pflaier Parteiorgan und der Fachzeitung für Schneider zurückgenommen wird, daß anlässlich des verunglückten Streiks Maßregelungen vorgenommen seien. Die Arbeiter lehnten diese Forderung im Einverständnis mit dem Kartell ab. — In Preetz wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins aufgelöst, weil die Frauen aus derselben nicht entfernt wurden. — 2500 Maurer Hamburgs beschlossen mit 1700 gegen 800 Stimmen, nachdem die Zustimmung die geforderte neunstündige Arbeitszeit bei 70 Pfg. Stundenlohn abgelehnt hatte, durch vorläufig theilweise Arbeitseinstellung die Forderungen durchzusetzen. Auch die Zimmerer und die Bauarbeiter erklärten, mit den Maurern gemeinsame Sache machen zu wollen. — Die Rieter und Stemmer der Vulkanwerft in Begejack sollen nach Berichten der bürgerlichen Presse heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, nachdem eine Vereinbarung mit der Direktion erzielt worden. Vorkündigung bleibt abzuwarten.

Neue Chronik der Nachbargebiete. Am Sonntagabend wurde, wie dem „Hamb. Fremdenblatt“ aus Elmshorn berichtet wird, in der Feldmark Gr.-Osseneth die Leiche des seit 14 Tagen in Edelac vermissten Amtsrichters von Rohden gefunden. Er hatte sich erschossen. v. Rohden war früher Amtsrichter in Renhan und bat in einem Abschiedsbriefe um die Bestattung in Barmstedt. Vorgefunden wurde bei der Leiche nur ein Haarbestand von 55 Pfg. — Die Leiche der von dem Zimmermann Grothe in Hamburg angeblied ermordeten Köchin Jaß ist seinerzeit, nachdem sie mehrere Tage lang nicht rekonoziert war, nach der Anatomie in Kiel geschafft worden, so daß aus dem Besunde der Leiche Schlüsse auf die Thäterschaft des Grothe nicht mehr möglich sind. Die Rekonozierung der Leiche ist auf Grund einer photographischen Aufnahme der Leiche durch den Hausknecht des Dienstherrn der Jaß erfolgt.

Kiel. Die ausgesperrten Zimmerer und Maurer hielten am Sonnabend Abend im „Rolloffraum“ bezw. „Elysiun“ Versammlungen ab, um zu dem von der Innung „Bauhütte“ eingegangenen letzten Schreiben Stellung zu nehmen. Von den betr. Hauptvorständen waren die Genossen Redakteur Ede und Bömelburg aus Hamburg erschienen. In dem Schreiben theilt die Innung mit, daß sie ihr Angebot, Abschließung eines Vertrages mit 9 1/2 stündiger Arbeitszeit bei 60 Pfg. Stundenlohn, nur bis zum 27. Mai, Mittags 12 Uhr, aufrecht erhalte. In beiden Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung kommt nach Kenntnisaufnahme des letzten Schreibens der Innung zu der Ueberzeugung, daß es im Interesse der streitenden Parteien liegt, in nächster Zeit eine Sitzung des Vorkomitees mit dem Innungsvorstand herbeizuführen. Die Versammlung erwartet, daß durch diese Zusammenkunft die bestehenden Differenzen beseitigt werden können, zum Wohle der Allgemeinheit.“ — Ein Liebesdrama spielte sich am Sonntag Abend um 11 3/4 Uhr am Kronshagenerweg bei der landwirtschaftlichen Versuchstation ab. Dort wurde die vom Tanze heimkehrende Blätterin Wekel von ihrem früheren Verlobten, dem Kellner Heins, angefallen und durch einen Revolverbeschuss in den Rücken verletzt. Der Attentäter begab sich dann auf ein benachbartes Gartenland und verlegte sich dort derartig schwer, und zwar gleichfalls durch einen Revolverbeschuss, daß er noch in derselben Nacht in der Klinik seinen Geist aufgab. Die Verletzung des jungen Mädchens hat sich als nicht gefährlich erwiesen. Die Verlobung ist erst vor etwa vierzehn Tagen auf Veranlassung des Mädchens aufgehoben worden.

Geesthacht. Eine Explosion fand am Montag Morgen um 8 1/2 Uhr auf der Dynamitfabrik Krümmel statt. Dieselbe erfolgte in dem Mischschuppen der Nitroglycerinfabrik und wurden außer diesem auch das Waschhaus und die Nitrohäuser zerstört. Die Explosion hat sechs Menschenleben vernichtet. Es sind zu Tode gekommen die Arbeiter Broschat, Ockmann, Hagen, Detloff, Scharnberg und der Chemiker Bern, von denen nur Theile des zerfetzten Körpers aufzufinden waren. Außerdem sind mehrere Arbeiter leicht verletzt worden. Die Explosion hat in der Umgegend großen Schaden angerichtet; in der Schule zu Grünhof sind mehrere Kinder durch Splitter der Fensterscheiben verletzt worden. Die verunglückten Arbeiter waren sämtlich verheirathet, während sich der Chemiker in diesem Sommer verheirathen wollte. Einzelne Werte der Fabrik haben stark gelitten; einige massive Mauern sind z. B. total verschwunden. Die Ursache der Explosion wird wohl nie zu erfahren sein, weil die im Mischschuppen Beschäftigten sämtlich verunglückt sind. — Genau vor 5 Jahren, am Montag, 24. Mai 1897, fand auf derselben Fabrik auch eine große Explosion statt. Damals wurden vier Arbeiter gefödtet, auch sämtlich Familienväter; etwa 20 bis 30 Arbeiter wurden verletzt. Es flog damals ein Schuppen mit 5500 Dynamit in die Luft.

Allen Verwandten und Bekannten für die innige Theilnahme und Herrn Pastor Bernhard für die trostreichen Worte bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen herzlichsten Dank
Familie Tonagel.

Zu vermietht. 1 möblirtes Zimmer
Müdenstraße 49, I.

Zu vermiethten ein Logis
Eckbrook 5.

1 leeres heizb. Zimmer nach vorne
mit Feuerungsgefaß zu vermiethten
Friedenstraße 73.

Ein Logis zu vermiethten
Grube Amersbühl 2.

Eine kleine Wohnung
zum 1. Juli oder sofort zu vermiethten
Hartensgrube 32, part.

Zu sofort ein gr. leeres Zimmer an ein. Person oder Logis zu vermiethten. Näh. Untertrave 58, nach vorne, II., h. d. Dreher

Geht 1 Paar Mädchen auß. d. Schulz.
mit ein junges Mädchen zur Erlernung der Bauernschneideri
Wartenstraße 47, III.

Gesucht ein antech. Sportwagen
zweijährig D.F. u. S.F. an die Exped. d. Bl.

Ein wenig gebrauchtes Fahrrad
billig zu verkaufen
Gr. Seefischerei 11.

Ein fast neuer Kinderwagen und ein Sitzwagen sehr billig zu verkaufen
Hardenstraße 31, I.

Büchlein zu verkaufen 1 heiter Sommerpaletot für H. Figur und 1 Sommerhose
Müdenstraße 20, II.

1 Speckbrot, wachg., 20 Stk.
1 neuer Radjahrcranz 12 „
zu verkaufen
Schwanstraße 37.

3 fast neue Sophas zu verkaufen
Fr. St. III, 25
Hagenstraße 35.

1 neues und 1 gebrauchtes Bett
billig zu verkaufen
Müdenstraße 24.

Reise von einem Ende am Sonnabend ein Reisevertrage von der Reisezeit bis zur Reisezeit mit dem Eisenbahn D. Deutscher, Reisezeit 2. März abgehenden Reisezeit 183.

Reisebörse, Kinderwagen und Sportwagen empfiehlt billig
K. Nielsch jun., S. P. u. S. A. G. E. R.,
Engelstraße 72.

**Borden
und Tapeten**
in grosser Auswahl.

Farben, Lacke, Pinsel

Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft
(vorm. W. G. Böhndel)

Untertrave 44/45,
h. d. Postbühne.

Pfeiffer & Diller's in Dosen
Kaffee-Essenz (Originalmarke)

empfehlen H. Storm, Föderstraße 11a
Rudolf Dieckmann, Sandstr. 4.

**Scherm's
Reisehandbuch**
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Gröper's Kinderwagen
sind die schönsten und billigsten
französischer Bauart
H. Gröper, Lübeck
Neugasse 18.

Arbeiter aller Berufe
können ohne ärztliche Untersuchung in die Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands, G. G.-A., sich eintragen — gegründet 1891 — eintreten.
Seine Agenten, General-Agenten und Direktoren, sondern Selbstverwaltung durch die Mitglieder.
Gründer der Kasse: Reichstagsabgeordneter Georg Hora, Kaiserliche Anstalt, Statuten und Aufnahmebedingungen durch den Geschäftsführer
Bruno Reinhold, Meissen,
Martinsstraße 2.

Brennsprit, Boliersprit
Liter 25 Pfg., Flasche 22 Pfg.,
Raffia Bast
ganz hell, beste Qualität in Flechten und in Anbrenn hält beides empfohlen
Ludw. Hartwig, Obertrave 8
Fuhle:
Hardenstraße, Ecke Kühlenstraße.

**Der Arbeitsnachweis
des Centralverbandes d. Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiter
Deutschlands (Zahlstelle Lübeck)**
befindet sich
Johannisstr. 50-52, I.,
beim Redakteur J. Stelling.
Das Bureau ist geöffnet von 8-9 Uhr Morgens
und von 2-3 Uhr Nachmittags.
Die Stellenvermittlung erfolgt für Arbeitgeber
und Arbeitnehmer kostenlos.
Die Ortsverwaltung.
Empfehle mich als Schneiderin.
Frau Stelly, Emilienstraße 7a.

**Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde.**
Versammlung
am Mittwoch den 28. Mai
Abends 8 1/2 Uhr
in der Bauhütte, Fischstraße 9, I
L. D.: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Reifensuhl über: Krankheits-symptome (Fortsetzung). 2. Bericht über die Gruppenversammlung in Bergedorf. 3. Verschiedenes.

**Oeffentliche
Versammlung
der
Seelenute**
am Mittwoch den 28. Mai 1902
Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Th. Kruse,
Untertrave 60.
Tages-Ordnung:
Die Seemanns-Bewegung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
Referent: Verbandsvorsitzender P. Müller-Hamburg.
Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Bemerkung: Der Herausgeber für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lübeck und Nachbargebiete“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für den Inhalt „Lübeck und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Einmalige in Lübeck.

Generalversammlungen.

Während der Pfingstwoche haben eine ganze Reihe von Gewerkschaften ihre Verbandstage bez. Kongresse abgehalten. In Anbetracht des uns zur Verfügung stehenden Raumes ist es jedoch rein unmöglich, über jeden einzelnen Verbandstag in breiter Ausführlichkeit zu berichten. Wir werden daher lediglich über die wichtigsten Punkte der Beratungsgegenstände referieren und müssen im Uebrigen auf die ausführlichen Berichte der betr. Verbandsorgane verweisen.

Der vierte Verbandstag des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ tagte zu Pfingsten in Hamburg in Lütjes Etablissement. Nach dem Bericht des Vorstandes sind seit dem vorigen Bundestage dem Bunde 137 Vereine mit 2080 Mitgliedern neu zugeführt worden, so daß der gegenwärtige Mitgliederstand 9027 beträgt. Ausgetreten sind 18 Vereine mit 194 Mitgliedern, ausgeschlossen wegen Nichtzahlung der Beiträge 6 Vereine mit 65 Mitgliedern. An Unfällen wurden insgesamt 186 gemeldet, wovon 177 entschädigt wurden mit 3331,50 Mark. Einen zeitgemäßen Schritt glaubt der Bundesvorstand durch den Anschluß des Bundes an das Kartell deutscher und österröcherischer Radsfahrer- und Motorwagenvereine getan zu haben. Der Bund hatte schon Gelegenheit, dem Kartell eine ganze Reihe von Beschwerden über zu hohe Kosten für Ausstellung von Radsfahrertarifen seitens der Ortspolizeibehörden zur Erledigung zu überweisen. Die weiteren Ziele des Kartells sind: Einwirkung auf eine einheitliche Radsfahrordnung für ganz Deutschland, Vereinfachung des Transports der Fahrräder auf der Eisenbahn, Neuanlage resp. Verbesserung von Verkehrswegen z. B. das Vermögen des Bundes beträgt zur Zeit 17 312,71 Mk. Der Ausschuß hatte in 14 Sitzungen 18 Beschwerden gegen den Vorstand zu erledigen. Mit der Haltung des Verbandes organ „Arbeiter-Radsfahrer“, das in Halberstadt erscheint, war man allgemein einverstanden. Nach längerer Debatte wurde noch beschlossen, einen besoldeten Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 1800 Mark anzustellen. Zu diesem Posten wurde der bisherige Bundeskassierer S. A. S. Frankfurt gewählt, während der seitherige Bundesvorsitzende Uthaus-Frankfurt mit Fortführung seines Amtes betraut wurde. Der nächste Bundestag findet 1904 in Erfurt statt. Vertreten waren auf dem Bundestage in Hamburg 20 Gauen durch 44 Delegirte.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hielt seinen 3. Verbandstag in Halle a. S. ab. Vertreten waren 14 Orte mit 36 Stimmen. Der Kassenbestand weist einen Bestand von 5803 Mk. auf; eingenommen wurden 24 026 Mk., ausgegeben 18 123 Mk. Von den zahlreichen Änderungen des Statuts sind von allgemeinem Interesse, daß der Mitgliedsbeitrag für weibliche Angestellte im Hinblick auf die vielfach schlechte Bezahlung der weiblichen Angestellten von 1 Mk. auf 60 Pf. pro Monat herabgesetzt wurde und daß die Stellenlosen-Unterstützung bereits nach 14 Tagen Arbeitslosigkeit gezahlt werden soll. Das Eintrittsgeld kommt in Zukunft in Wegfall. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde wiederum Joseph Johann-Hamburg gewählt; derselbe wird die Organisation auch auf dem Gewerkschaftskongress vertreten. Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Rosenow-Berlin über den Stand der Sozialreform im Handelsgewerbe nahm der Verbandstag folgende Resolution einstimmig an: „Die soziale Lage der Gehilfen und Gehilfinnen im Handelsgewerbe macht reichs-gesellschaftliche Maßnahmen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Gehilfen und Gehilfinnen zu einer unerläßlichen Nothwendigkeit. Die von der Reichs-gesetzgebung bisher unternommenen Schritte können nur als ein Anfang bezeichnet werden, der dringend des planmäßigen und unablässigen Ausbaues bedarf. Dieser Ausbau ist sowohl Aufgabe des

Reichs (Schaffung neuer Gesetzbestimmungen), als der Gemeinden (Durchführung der bisherigen reichsgesetzlichen Maßnahmen). Als nächste und dringende Ziele der Gesetzgebung sind zu erstreben: 1. Ausdehnung der Gewerbegerichtsbarkeit auf die Handlungsgehilfen. 2. Schaffung einer Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektion unter Mitwirkung der Gehilfenschaft. 3. Abschaffung der Konkurrenzklauel. 4. Reichsgesetzliche Einführung des Achtuhr-Geschäftsschlusses und Erstrebung des gesetzlichen Achtuhr-Geschäftsschlusses für alle Handelsbetriebe bis zur Herbeiführung des Achtstundentages. 5. Obligatorischer Fortbildungs-Schulunterricht für alle unter 10 Jahre alten kaufmännischen Angestellten an täglich zwei Vormittagsstunden der Wochentage. 6. Herbeiführung einer 26stündigen Sonntagsruhe. 7. Zweidrittelbeschäftigung der Versicherungs-gesetze auf die Gehilfenschaft im Handelsgewerbe. Die Generalversammlung macht es den organisierten Kollegen zur Pflicht, in der Agitation für Durchführung dieser Forderung unermüdlich zu sein.“ Ueber die Frage der Kaufmännischen Schiedsgerichte sprach Swienty-Halle. Er forderte die Errichtung von Spruchgerichten für die Handlungsgehilfen nach Art der Gewerbegerichte, und der Verbandstag erhob diese Forderung in einer Resolution zum Beschluß. — Ueber „Unsere Stellung zu den Konsumvereinen“ hielt Th. Meyer-Hamburg ein eingehendes Referat, in welchem er zu dem Resultate gelangte, daß in den Genossenschaften sich mit der Zeit ein ideales Arbeitsverhältniß herausbilden müsse. Ein entsprechender Beschluß wurde angenommen.

Der Zentralverein der deutschen Böttcher tagte in Braunschweig; anwesend waren 33 Delegirte, sowie Vertreter der niederländischen, schweizerischen und dänischen Bruderverbände. Dem Vorstandsberichte, den Winkelmann-Bremen erstattete, entnehmen wir, daß der Verband im Jahre 1901 in 146 Zahlstellen 6193 Mitglieder zählte, gegenüber 4339 in 100 Zahlstellen im Jahre 1898. Die Einnahme vom 1. Januar 1897 bis 31. Dezbr. 1901 betrug 221 317,46 Mk., die Ausgabe 204 927,54 Mk., so daß sich ein Ueberschuß von 16 398,92 Mk. ergab. Die Auflage der Zeitung stieg in der Geschäftsperiode 1899/1902 von 6500 Exemplaren auf 8500. Sämmtliche Anträge auf Aenderung des Titels der Verbandszeitung, sowie der Antrag, nicht ausgenommene Berichte der Preßkommission zu unterbreiten, worauf nach deren Befinden der Redakteur Folge zu leisten hätte, wurden abgelehnt. Daß der Verbandstag die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung beschloß, haben wir bereits gleich nach Annahme des Beschlusses gemeldet. Die Höhe der Unterstützungssätze beträgt danach für Ledige 6 Mk. pro Woche, für Verheirathete 7,50 Mk. und pro Kind 50 Pf. im Höchstbetrage von 10 Mk. auf die Dauer von 7 Wochen. Der Beitrag ist auf 25 Pf. pro Woche festgesetzt. Der erhöhte Beitrag kommt am 1. Oktober d. Js. zur Erhebung. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beginnt am 1. Oktober 1903. Die Zentralarbeitsvermittlung wurde dem Vorstände überwiesen. Dem Brauer-Verbande wurde der Vorwurf gemacht, daß er der Organisation der Böttcher Mitglieder abzutreiben suche. Ein zu diesem Punkte gestellter Antrag, den Delegirten zu beauftragen, auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart dahin zu wirken, daß in der Angelegenheit endlich eine Regelung zu Stande kommt, wurde angenommen. Der Punkt „Internationale Verbindungen“ erledigte sich, nachdem Winkelmann-Bremen und Abel-Amsterdam gesprochen. Ein Antrag, welcher besagt, mit Amerika auch internationale Verbindungen anzubahnen, wurde dem Zentral-Vorstand zur Regelung überwiesen. Damit hatte der Verbandstag sein Ende erreicht.

Die Steinarbeiter hielten ihren Kongress in Leipzig ab. Anwesend waren 42 Delegirte. Nach dem Geschäftsbericht sind die Zahlstellen von 189 auf 180 zurückgegangen. Besonders große Einbuße hat die Organisation

in Bayerischen Wald erlitten. Trotzdem ist die Mitgliederzahl flabig geblieben; es sind bisher nur erst 8 Prozent der Gehilfen organisiert, zu gewinnen sind noch 92 Prozent der Berufsgenossen. Die Zahl der Lohnbewegungen in diesem Frühjahr betrug 17. Sieben sind nach Rücksprache beigelegt worden, und zwar ohne Reduzierung der Tariffsätze. Die Ausstände waren nur Abwehrstreiks. Betheiligte waren daran 519 Arbeiter. Der Kassenbestand betrug am 10. Mai 66 769,57 Mk. Die Kosten der Denkschrift, welche an die Regierungen verandt worden ist, stellten sich auf 7460 Mk. In namentlicher Abstimmung wurde mit 37 gegen 5 Stimmen nach langer Debatte beschlossen, die bisherige lose Organisationsform in einen Verband, der den Titel „Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“ führen soll, abzuändern. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt und folgende Resolution angenommen: „Der Kongress erkennt an, daß die Arbeitslosenunterstützung am nötigsten und prinzipiell geeignetsten für die Organisation ist. Nur die Ermangelung statistischer Unterlagen, ferner die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten und die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur lassen es zur Zeit nicht rathsam erscheinen, dieselbe einzuführen. Die Zentralleitung wird beauftragt, bis zum nächsten Kongress Maßnahmen zu treffen, die die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ermöglichen.“ Dagegen wurde die Einführung der Krankenunterstützung mit 33 gegen 7 Stimmen beschlossen. An Stelle der Kilometergelder wurde beschlossen, für die Reiseunterstützung Tagesgelder einzuführen. Hinsichtlich des Streikregulativs wurde beschlossen, die Maßregelungsunterstützung, wie bei Streiks, auf die Dauer von vier Wochen zu bezahlen. Alle für den Streik von anderen Gewerkschaften aufgebracht Gelder sind bei der Geschäftsleitung in Anrechnung zu bringen. Die Streikunterstützung ist mit Einschluß der Wochenfeiertage zu zahlen. Die Formulierung der Streikbestimmungen wurde einer Kommission übertragen. Bei Besprechung der Presse wurde beschlossen, keine Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ mehr aufzunehmen, dagegen ein Antrag, den „Steinarbeiter“ obligatorisch einzuführen, abgelehnt. Der Sitz des Verbandes wurde von Rixdorf nach Leipzig verlegt. Als Sitz des Kontrollausschusses wurde Dresden-Pirna bestimmt. Beschlossen wurde, daß, wenn ein Beamter oder Redakteur in der Zwischenzeit aus der Geschäftsleitung ausscheidet, die Kontrollkommission, der Zentralausschuß und die Geschäftsleitung einen vorgeschlagenen Kollegen bis zum nächsten Kongress anzustellen hat. Das Gehalt des Beamten wurde auf 1800 Mk. pro Jahr bestimmt. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Starke-Wachselburg, als Kassierer Lange-Leipzig und als Redakteur Staudinger-Nürnberg gewählt. Als Obmann der Kontrollkommission wurde Schmidt-Dresden gewählt. Für den Gewerkschaftskongress in Stuttgart wurden Starke und Biewig delegirt. Der neugegründete Verband soll am 1. Jan. 1903 in Kraft treten.

Soziales und Parteilieben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Ausstand der Müller auf der Humboldtmühle bei Tegel hat nach dreitägiger Dauer mit einem Erfolge für die Gehilfen geendet; die Firma hat, angesichts der Entschlossenheit ihrer Angestellten, den größten Theil der Forderungen bewilligt. Der Streik der Mathenower Zimmerer ist nach achtwöchentlicher Dauer durch einen vor dem Einigungsamt des dortigen Gewerbegerichts geschlossenen Vergleich, der einen theilweisen Erfolg der Streikenden enthielt, beendet worden. — Die Maurer in Brandenburg a. H. haben am Freitag den Streik beschlossen und am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Stundenlohn von 42 Pfg. Bisher wurden Löhne von 32—40 Pfg. bezahlt. Auch in Luckenwalde streiken die Maurer. Sie

Muttersohn.

Roman von Arthur Zapp.

(33. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Helene verließ das Stillschweigen ihrer Schwägerin aufs Empfindlichste. Sie empfindet es wie eine direkte Beleidigung. Ein Blutstrom schießt ihr in die Wangen, ihre Augen blitzen.

„Ich hätte Euch ja,“ sagt sie und reißt sich im Widerspruch zu dem Inhalt ihrer Erklärung stolz in die Höhe, „ich hätte Euch ja gerne die Unannehmlichkeit unserer Gesellschaft erspart.“

„Aber ich bitte,“ kann Konstanze nun doch nicht umhin zu widersprechen, obgleich sich ihr stiller Aerger nur noch steigert. Ja, sie ist innerlich geradezu empört. Ueber solche Dinge spricht man doch nicht, wenn man dergleichen auch empfindet. Was will Helene überhaupt von ihr? Ist sie gekommen, um mit ihr einen Streit vor Baum zu brechen?

„Ich bitte,“ wiederholt sie, „Eure Gesellschaft ist uns nicht unangenehm.“

Das kommt in einem so kühlen und wenig verbindlichen Ton heraus, der ebenso gut für die gegentheilige Versicherung gepaßt hätte.

„D ich weiß, was ich von Deiner Betherung zu halten habe,“ giebt Helene mit zuckenden Lippen zurück. „Ich weiß längst, daß Du uns über die Achsel ansiehst, daß Du uns nie geachtet hast, und daß Du noch heute in Karl.“

Mit einer heftigen Handbewegung will Konstanze abwehren. „Lassen wir die unerquickliche Geschichte,“ sagt sie ärgerlich, „von oben herab.“

„Nein,“ fährt Helene auf, deren glühender Unwille sich nicht länger zurückhalten läßt, „gerade davon will ich einmal offen mit Dir sprechen. Wenn Du's auch nicht ans-

spricht, Du läßt es uns doch deutlich genug in Deinem ganzen Benehmen fühlen, daß wir für Dich nicht zur Verwandtschaft rechnen, daß Du uns nicht für voll ansiehst, daß Du vor jeder Berührung mit uns zurückschanderst. Auch gestern, als Du so hastig aufbrachst, in so vornehmer Eile, hast Du es wieder bewiesen. Und doch hast Du gar keine Veranlassung, Dich uns gegenüber zu erheben, im Gegentheil!“

„Im Gegentheil?“ fragt Konstanze, von der Leidenschaftlichkeit und dem triumphirenden Blick, der ihr aus den Augen der Schwägerin entgegenstrahlte, betroffen und geärgert zugleich. „Was soll das heißen?“

„Das soll heißen,“ ruft die andere, und die Empörung, die sich in ihr seit mehr als einem Jahre angesammelt hat, drängt zu offenem Ausbruch, „ich dulde es nicht mehr, daß Du uns behandelst, als ständen wir tief, tief unter Dir, als müßten wir uns vor Dir verkrühen. Ich kann es nicht mehr mit ansehen, daß Du, so oft mein Karl in Deine Nähe kommt, eine Miene aufsteckt, als fürchtest Du Dich vor ihm, als wüßtest Du am liebsten davon laufen. Mein Karl ist ein Ehrenmann, der noch nie in seinem Leben etwas Unrechtes gethan hat. Und Du — Du und Otto, Ihr habt am allerwenigsten Grund, vor Karl zurückzuschrecken, wie vor einem Verbrecher.“

Auch Konstanze verliert ihre kühle Gelassenheit. Die Hartnäckigkeit und Festigkeit, mit der Helene ein so peinliches Thema breit tritt, empört sie aufs Tiefste. Dazu die dunkle, beleidigende Anspielung, als ob gerade sie, Konstanze, Helenes Mann eine besondere Rücksicht schuldig wäre.

„Ich muß Dich doch dahin erfuchen,“ sagt sie heftig zurechtweisend, „Dich zu mäßigen. Du solltest doch wahrhaftig nicht die Schande Deines Mannes bis zu den Dienstboten in die Küche hinausstreuen.“

Hornbeben springt Helene von ihrem Stuhl auf. Jede Mäßigung, jede Rücksicht ist in diesem Augenblicke vergessen.

Es ist ihr unmöglich, den neuen Schimpf ruhig hinzunehmen, der dem Manne, den sie liebt und verehrt, und der schon so viel unschuldig erlitten, gerade von Otto's Frau zugefügt wird.

„Die Schande meines Mannes,“ sagt sie, „ruft sie außer sich, noch lauter als zuvor. „Die Schande meines Mannes! O Du — Du — mit einem Wort kann ich Dich vernichten, kann Dich zwingen, vor mir auf die Kniee zu sinken und mich um Verzeihung zu bitten. Du Stolz, Du hängst ja von unsrer Gnade ab, Du und Dein Otto. Wenn Karl nicht ein so edler, hochherziger Mensch wäre, so lächer er längst im Gefängniß, der stolze Herr Affessor, Dein jüngerer Herr Gemahl. Die Schande meines Mannes! Mein Karl hat im Gefängniß gefessen, aber unschuldig, höre Du, für die Schuld eines andern. Und wer hinter Schloß und Riegel gehört, längst gehört, das ist Dein Otto!“ Sie weidet sich mit einem langen, triumphirenden Blick an dem starren Blick der andern und hebt sich hochgehobenen Hauptes um der Thür zu. Sie ist eben im Begriff, die Thür zu öffnen, als ihr heisere Laute nachschallen. Wie ein Verzweiflungsschrei klingt es: „Du läßt, Du läßt!“

Sie dreht sich noch einmal um. „Ich sage nicht, giebt sie zurück. „Frage nur Deinen Otto, wer damals die viertausend Mark aus Vaters Selbsttasche genommen hat!“

Sie geht. Konstanze bricht mit einem Aufschrei auf dem ihr zunächst stehenden Stuhl zusammen. Eine ganze Weile sitzt sie wie betäubt und fiert halb betäubt vor sich hin. Dann greift sie mit einer wilden Bewegung an ihre Stirn und springt in die Höhe. Sie sieht sich um. War das alles nur ein böser Traum? Nein, nein! Die Stimme der Rasenden gellt ihr noch in den Ohren. Aber ist es denn möglich, das Undenkbare, Unfassbare, Sie stumt und stumt. Otto eigenthümliches Wesen, seine Nervosität, seine Raslosigkeit, sein eigenthümliches Verhalten seinem Bruder gegenüber, alles, alles das sieht sie jetzt

Haben am Mittwoch einmützig die Arbeit niedergelegt, um die Forderung eines Stundenlohnes von 40 Pfg. durchzusetzen und den Brauch abzuschaffen, wonach jeder Geselle sein eigenes Werkzeug halten muß. — In Magdeburg wollen die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in eine Bewegung eintreten, um die Anerkennung des mit den Unternehmern gemeinsam vereinbarten Lohntarifes durchzusetzen. — Eine von 300 Maurern besuchte Versammlung in Jena beschloß am Sonntag zwecks Eringung eines Minimallohnes von 38 Pfg. sofort die Arbeit niederzulegen und das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen. — In Mailand beschloßen sämtliche 600 Angestellte der Mailänder internationalen Dampfstraßenbahnen, die einen Lohnstreit mit der Direktion haben, den sofortigen Ausstand. Seit dem 23. Mai ruht daher der Verkehr auf allen Linien der Gesellschaft.

Wie die Stuttgarter Maurermeister Wort halten. Die Lohnbewegung der Maurer ist bekanntlich mit einem Vergleich beendet worden, durch welchen den Maurern ein Mindestlohn von 43 Pfg. zugesagt wird. Aber Versprechen und halten ist auch bei den Stuttgarter Maurermeistern zweierlei. Als die Maurer den zugesagten Mindestlohn ausgezahlt verlangten, da meinten die „biedereren“ Meister, so sei das nicht gemeint, von einem Mindestlohn sei in den Einigungsbedingungen keine Rede. Der Gewerbeamt, unter dessen Leitung der Vergleich geschlossen worden ist, wurde angerufen. Er bestätigte, daß die Auffassung der Arbeiter die richtige, die der Unternehmer dagegen eine irrige sei. Die Baumeister aber dachten gar nicht daran, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sie erklärten vielmehr: „Wir wollen die Abmachungen nicht, sie sind null und nichtig.“ Damit verließen die Vertreter der Unternehmer das Amtszimmer des Gewerbeamtes, und die Arbeiter können sich nun einen Vers auf die „Vertragsstreue“ ihrer Arbeitgeber machen.

Bei den Gewerbeamtswahlen in Mühlacker (Westfalen) erhielten die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 997, die der freien Gewerkschaften 682 Stimmen.

Der Deutsche Buchdruckerverband besitzt in Essen eine eigene Druckerei, in welcher der Leiter der Bewegung Rheinland-Westfalens, Herr Schöred, ein Blatt „Der Beobachter“ herausgibt. Dieses Arbeiterorgan tritt auch für Herrn Krupp gelegentlich ein, was sehr böses Blut in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter erzeugt und auch zum Boykott dieses Blattes geführt hat. Auf dem Montag, der Pfingsten in Essen stattfand, protestierten verschiedene Buchdrucker gegen die Haltung Schöreds. Die Mehrheit billigte aber durch ein Vertrauensvotum dessen Haltung. Bezeichnend ist es, daß es meistens Delegierte aus ultramontanen Gegenden waren, die Schöred unterstützen. Schöred kämpft bekanntlich gegen die Ultramontanen.

Ein trübes Bild von der wirtschaftlichen Lage giebt der Bericht der Leipziger Gewerbeamt. Fast alle Gewerbezweige haben schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen. Im Steinweggewerbe war nur die Hälfte der Gesellen im Berichtsjahre thätig gewesen. Die Verwendung billigerer Surrogate, sogenannter Kunstseide, nahm zu. Der Geschäftsgang im Sattlergewerbe ging nicht allein bezüglich der Fertigstellungszeit schleppend und langsam, sondern auch der Verkauf der Erzeugnisse und Handelsartikel in den mit den Betrieben verbundenen Läden. Mehrere Besitzer von Luxusfahrzeugen haben ihre Equipagen abgeschrieben, eine Maßnahme, die wohl lediglich auf die Leipziger Finanzkrise zurückzuführen ist. Die Jahresbilanz im Fleischergewerbe soll als eine der schlechtesten betrachtet werden können. Es heißt in dem Bericht: Mangel eines genügenden Auftriebs behaupten sich die Preise für Rinder, Küber und Hammel, namentlich und in der Hauptsache aber bei Schweinen, in abnormer Höhe. Der Mangel an Schlachtschweinen und guten schlachtreifen Rindern machte sich in den letzten Monaten besonders bemerkbar, so daß sich die Deffnung der Grenzen für Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Auslande immer mehr als eine unabwendbare Nothwendigkeit herausstellt. Der Geschäftsgang im Baugewerbe, besonders im Maurer- und Zimmerergewerbe, war im allgemeinen nicht gut, weil die vorhandene Arbeit mit sehr gebürdeten Preisen ausgeführt werden mußte. Der Geschäftsgang im Buchdrucker- und Buchgewerbe, die zu Anfang des Jahres gut war, ging in der zweiten Hälfte mehr und mehr zurück und war am Jahresstillsitzen auf seinem Tiefpunkt angelangt. Für dieses Gewerbe machte sich der schlechte Geschäftsgang noch besonders dadurch bemerkbar, daß sich die leidige Konkurrenzunwirtschaftlichkeit, unter der das

Gewerbe selbst bei normalem Geschäftsgange schwer zu leiden hat, in bedrohlicher Weise entwickelte. Auch die Zahl der arbeitslosen Gehilfen nahm mehr und mehr zu. In allen übrigen Gewerben werden die gleichen Klagen über den schlechten Geschäftsgang erhoben.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Wunderdoktor Deder aus Gellenau wurde vom Landgericht in Chemnitz wegen Betruges im Rückfalle zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Der Mann durchstreifte das Erzgebirge und gab überall vor, als Sohn eines Scharfrichters sei er im Besitze geheimer Kräfte, mit denen er Kranke gesund mache. Gegen die meisten Gebrechen wandte er für theures Geld ein Gemisch von mit aromatischen Oelen durchsetztem Urin an. Natürlich wurde davon kein Kranker gesund. Das Gericht erblickte in dem Angeklagten nicht einen einfachen Kurpfuscher, sondern einen auf Betrug ausgehenden Schwindler und verurtheilte ihn daher entsprechend. — Eine Löwenbändigerin, die gegenwärtig im „Kolosseum“ in Lemberg Vorstellungen giebt, wurde Freitag Abend, als sie den Löwenkäfig betrat, von zwei Löwen angefallen. Es gelang jedoch, sie zu retten.

Ein Fensterladen wegen Majestätsbeleidigung verhaftet! Am Freitag Morgen ereignete sich in der Ottenbergstraße in Magdeburg, wie die „Volksstimme“ meldet, ein eigenartiges Vorkommniß. Vom Hause Nr. 37 wurde von einem Vertreter der Polizeibehörde ein Fensterladen ausgehängt und als Korpus delicti nach dem Polizeibureau gebracht. Wie unser Bruderorgan erfährt, war an dem gefährlichen Fensterladen mit Kreide eine Majestätsbeleidigung angeschrieben. Wahrscheinlich, um den Thäter besser ermitteln und um Schriftvergleiche anstellen zu können, mußte, wie geschehen, verfahren werden. — Sollte es nicht auch genügt haben, wenn die von unreiner Phantasie zeugende unflätige Bemerkung einfach abgewischt worden wäre?

„Der bestrafte Sozialdemokrat.“ Unter dieser Epithete konnten wir im vorigen Jahre nach dem „Vorwärts“ berichten, daß einer unserer Spandauer Parteigenossen, der Stadtkorridorhändler, wegen seiner „anrüchigen“ politischen Feindsinnigkeit geradezu fürchterlich bestraft wurde, daß man ihn nicht für würdig hielt, militärische Einquartierung zu bekommen, und die bei ihm bereits einquartiert gewesenen Soldaten, die sich eben an den Mittagstisch gesetzt hatten, scheunigst durch einen Polizeibeamten wieder aus dem Quartier bei unsem Genossen forsholen ließ. Nicht wenig überrascht war darum unser Genosse, über dessen Restauration zudem seit langem der Militärboykott verhängt ist, als ihm dieser Tage nun plötzlich wiederum „zwei Mann Einquartierung“ angeordnet wurden. Unser Genosse wandte sich stugs an die Kommandantur mit einem Schreiben, in welchem er in zarter Anspielung darauf hinarief, daß er auch heute noch immer Sozialdemokrat sei. Er mochte wohl mit dem Schreiben beabsichtigen, die Kommandantur davor zu bewahren, etwa unabsichtlich selbst zur Verbreitung des rothen Bazillus, wenigstens bei den beiden Soldaten, beizutragen. Andern Tages wurde unser Genosse durch den Besuch eines Sergeanten, eines Feldwebels und Hauptmanns höchlichst beehrt, welche ungeachtet des auf der Schankwirtschaft ruhenden Militärboykotts gekommen waren, das Quartier in Augenschein zu nehmen. Letzteres hatte unser Genosse recht geschmackvoll und sinnig mit Fahnen und Emblemen, sowie mit den Wästen unsrer Vorkämpfer Marx und Lassalle decorirt. Der Spruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ sei besonders wirkungsvoll ins Auge. Trotz aller dieser Anstrengungen unsem Genossen, das Quartier recht anheimelnd herzurichten, mag diese Aufmerksamkeit aber wohl nicht den Beifall der Kommandantur gefunden haben, denn — unser Genosse wartete vergeblich auf das Eintreffen der Einquartierung. Geschieht dem Sozi schon ganz recht!

Erst Liebe und dann noch acht Tage Arrest. Ueber eine bemerkenswerthe Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps wird gemeldet: Der in der 2. Eskadron des 2. Garde-Dragoon-Regiments dienende Gemeine Carl Schütz hatte im März d. J. Stalldienst gehabt. Der daselbst die Aufsicht führende Unteroffizier Schwarz hatte, weil Schütz irgend eine dienliche Verrichtung zu seiner Unzufriedenheit ausgeführt, einen Schrubber genommen und mit demselben seinem Untergebenen einen derartigen Hieb versetzt, daß der Dragoner blutüberströmt zusammenbrach. Als Schütz sich bald darauf wieder erhob, rief er in Gegenwart von Zeugen

aus: „Das muß sich einer bieten lassen, der im zweiten Jahre dient, Herr Unteroffizier; das Schlagen von Untergebenen ist doch in der deutschen Armee verboten!“ Der Mißhandelte mußte dann ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen und gegen den Unteroffizier wurde Anklage wegen Mißhandlung eines Untergebenen erhoben, die damit endete, daß Schwarz zu sieben Tagen strengen Arrest verurtheilt wurde. Bei dieser Verhandlung wurde auch die Verurteilung des Schütze erwähnt und der Mißhandelte bald darauf wegen Achtungsverletzung gegenüber einem Vorgesetzten vor das Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division gestellt. Dasselbe verurtheilte ihn zu acht Tagen Mittelarrest, wogegen Schütze Berufung einlegte. In der Hauptverhandlung des Oberkriegsgerichts am Freitag wurde abermals Beweis erhoben und der hinzugezogene Sachverständige Dr. Löwenthal, welcher den Schütze wegen seiner Wunde behandelt hat, führte u. a. aus, daß es nicht unmöglich gewesen, daß der Mißhandelte unter der Einwirkung des erlittenen fürchterlichen Schläges im Affekt die Verurteilung gethan habe. Das Oberkriegsgericht nahm nach längerer Berathung an, daß Schütze nicht im Zustande einer Bewußtlosigkeit, die seinen freien Willen ausschloß, gehandelt resp. jene achtungsverletzenden Worte ausgesprochen habe. Möglicherweise könne aber verminderte Urzurechnungsfähigkeit angenommen werden. Diese Auffassung scheinen schon die Richter der Vorinstanz gehabt zu haben, denn dieselben hätten ja auf das Strafmaß erkannt. So leid es auch dem Oberkriegsgericht thue, so müsse die Berufung des Angeklagten doch aus juristischen Gründen verworfen werden. Das Oberkriegsgericht gebe aber dem Verurtheilten den Rath, nunmehr den Gnadenweg zu beschreiten und es sei anzunehmen, daß dieser von Erfolg sein werde.

Gerichtsschuch für einen angetrunkenen Polizeibeamten. Ein für preussische Zustände bezeichnender Prozeß fand dieser Tage vor dem Oberverwaltungsgericht statt. Bei einer Kneipe des Polizeiwachmeister's Herwig in Erfurt im dortigen Caffee-Rosland war es zwischen ihm und anderen Gästen zu Reibereien gekommen, die sich auf der Straße fortsetzten. Einige Leute hielten ihm vor, daß er als Beamter sich nicht betrinken dürfe. Herwig zog schließlich seinen Säbel und schlug um sich. Einem Manne, der fortgehen wollte, warf er den Säbel zwischen die Beine. Drei Arbeiter, die vorher ebenfalls im Caffee gewesen waren, wurden unerheblich verletzt; sie brauchten ihre Arbeit nicht anzusetzen. Der Regierungspräsident nahm Herwig wegen seines Verhaltens in eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von acht Tagen Arrest. Herwig beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Oberverwaltungsgericht. Dieses veranfaßte eine Beweiserhebung und änderte dann die Arreststrafe in eine Geldstrafe von zwanzig Mark um, indem es begründend ausführte: Durch die Beweisaufnahme habe sich das Bild erheblich zu Gunsten des Wachmeisters verbessert. Allerdings sei soviel ersichtlich, daß Herwig nicht nüchtern gewesen sei. Es müsse aber davon ausgegangen werden, daß er von der Waffe Gebrauch machen konnte, als ihn eine Mehrheit von Menschen umringte und bedrängte und er, nach einer Verurteilung, auch von Jemand gestochen wurde. Außer in der leichten Angetrunkenheit sei darin eine Verfehlung zu sehen, daß H. den Säbel einem Mann nach und zwischen die Beine warf, wodurch er sich der Gefahr aussetzte, waffenlos dazuliegen. Eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. genüge. — Der Mann ist also verurtheilt worden nicht so sehr, weil er mit seinem Säbel einen gemeingefährlichen Unfug verübte, sondern weil er sich durch diesen Unfug seiner Waffe entledigte und so sich der „Gefahr“ aussetzte, im angetrunkenen Zustande das Tödtungsinstrument nicht weiter benutzen zu können. Zu Ehren der Polizei-Macht haben deutsche Gerichte ja schon viel gethan, dies ist aber jedenfalls der drastischste Urtheilspruch.

Fronie der Weltgeschichte. Bei der großen Parade in Krasnoje Selo vor dem Präsidenten Poubet und dem Zaren am 21. Mai führte auch der russische Oberst Prinz Louis Napoleon, der das Ulanen-Regiment der Kaiserin kommandirt, sein Regiment vor. Es war das erste Mal, daß ein Napoleon sein, wenn auch russisches, Regiment vor dem Präsidenten der Republik vorführte. Vor fünf Jahren bei dem Besuche Zauze's nahm der Prinz diplomatischen Urlaub; dem „Schuster“, wie er verächtlich den ehemaligen Vohrherber bezeichnet haben soll, wolle er sein Regiment nicht vorführen. Poubet, der ehemalige Advokat, schien ihm weniger „bedenklich“ zu sein. Es geht nichts über seine Unterscheidungen.

einem neuen Lichte. Und doch, nein, nein, es ist ja nicht möglich! Es wäre zu fürchterlich! Der Kopf schmerzt sie, wie ein Fieber glüht es in ihr. Ihre Gedanken verwirren sich. Was soll sie thun? Sie kann nicht mehr denken; sie schauert bei dem Gedanken, jetzt Otto gegenüberzutreten. Sie will zu ihrem Vater. Er soll ihr raten, helfen.

Sie schüttelt ihr Dickschädelchen nach einer Droßigkeit und redet sich und ihr Kind in aller Eile zum Ansehen an. Otto ist sehr erkrankt, als er zur Mittagszeit nach Hause kommt und weder Frau noch Kind vorfindet. Eine lebhaftete Nachfrage bemächtigt sich seiner, während er das Dickschädelchen befragt. Die Frau Affektor habe sehr blaß und angezogen ausgesehen. Kurz vor ihrem Abgange sei eine Dame zum Besuche gekommen. Zwischen den Damen war ein Wortwechsel stattgefunden haben, denn man habe die Stimmen bis in die Küche hineingehört.

In der Bekleidungsabtheilung, die ihm das Mädchen von der Nebenbawin entlehnt, erkennt Otto seine Schwägerin. Er schreit es aus, daß es nur Helene gewesen ist, und wie erschrocken steht er nun auf dem Sofa nieder, der vor seinem Schreibtisch steht. Er schüttelt das Mädchen wieder in die Küche und grüßelt nun damit vor sich hin. Er hat es immer gehört, geschaut. Nun doch noch, so kurz vor dem Tode, der ihm die Rettung gebracht hätte! Eine ganze Weile brüht der Unglückliche Dampf vor sich hin. Plötzlich springt er in die Höhe, und ein Hoffnungsstimmer klopft er ihm auf.

Wer sagt ihm denn, daß der Kammergerichtsath ihn zu Hause bringen wird? Muß er nicht schon in Haft sein auf seine Tochter hinweisen? Ja, hat er denn überhaupt Gewissen, daß Helene ihn verrathen hat? Willkürlich behauptet es ja nur eine bloße Fiktion zwischen den

beiden Frauen und er quält sich unnöthig mit Befürchtungen, die gegenstandslos sind.

Er eilt in Konstanzes Zimmer und durchsucht eifrig, in niederhaltiger Spannung ihren Schreibtisch und andere Möbel. Aber nichts, nicht eine Zeile von ihrer Hand. Die Hoffnung regt sich immer stärker in ihm. Gewiß, er ängstigt sich ohne ernstesten Grund. Wäre sie im Ernst für immer von ihm gegangen, sie würde ihm sicherlich Nachricht zurückgelassen haben. Aber schon in der nächsten Minute fällt wieder der qualende Zweifel in seine Seele. Hat ihm nicht das Mädchen gesagt, daß Konstanze sehr erregt und sehr blaß gewesen sei, als sie kurz nach dem Besuche davon gefahren ist? Und welche andere Bedeutung kann denn Helenes Erscheinen gehabt haben, als die von ihm gefürchtete? O, wenn er doch Gewißheit hätte! Er köhnt und kämpft mit sich und ringt mit seinen folternden Zweifeln. Einmal ist er schon im Begriffe, zu dem Kammergerichtsath zu eilen. Aber ihm fehlt der Muth, und kraftlos sinkt er zurück, um seine Lage aufs neue zu bedenken. Da treibt ihn plötzlich das Gelächter der Korridorloche aus seinem verzweifeltsten Grubeln in die Höhe. Er springt auf. Mitten im Zimmer steht er, die Hand auf das ungeflämte Klopfernde Herz gepreßt. Ist es Konstanze, die zurückkommt? Ist es der Kammergerichtsath?

Otto hört, wie das Mädchen offener geht, wie sie mit einem Ranne im Korridor ein paar Worte wechselt, und nun geht die Thür auf.

Er tanzelt zurück. Karl steht vor ihm. Ein eifriger Schreck überreißt ihn. Nun ist alles verloren, alles.

Aber was ist das? Karls Stimme klingt an sein Ohr, wie ein Pfeil, im Tone des Bedauerns. Ueberrascht hebt er

seine Augen. Der alte gutmüthige Ausdruck von ehemals glänzt ihm von Karls freundlichem Gesicht entgegen.

„Es thut mir herzlich leid“, sagt Karl, „daß Helene sich von ihrer Erregung hat hinreißen lassen, zu plaudern; ich versichere Dir, daß es ganz gegen meinen Willen geschah. Hoffentlich hat Helenes Uebereilung keine weiteren Folgen für Dich. Wo ist denn Deine Frau?“

Otto zuckt zusammen. Also doch! Also hat Helene ihn doch verrathen! Und Konstanze weiß nun alles! Erschüttert schlägt er seine Hände vor das Gesicht und stöhnt aus tiefster Brust.

Mit ein paar raschen Schritten ist Karl an seiner Seite. Otto fühlt zusammengehauert, wie der Bruder ihm seinen Arm um die Schulter schlingt.

„Fasse Dich, Otto!“ sagt Karl herzlich, voll Mitgefühl. „Beruhige Dich! Konstanze wirds überwinden, wird Dir verzeihen, sie ist ja doch Deine Frau und hat Dich lieb. Geh! Du, ich — na ja, ich hab's ja doch auch überwinden, und wahrhaftig, Otto, Du kannst mir's glauben, ich habe keinen Groll mehr gegen Dich. Geküßt, siehst Du, ist auch der letzte Rest von Zorn gegen Dich aus meinem Herzen geschwunden. Mein Gott, man sieht Dir's ja an, Du bist bestraft genug. Man müßte ja ein fühlloser Stein sein. Helene thut's ja auch schon leid, und sie möchte es jetzt gerne umgesehen machen. Mein Gott, einmal muß ja doch alles in der Welt ein Ende nehmen. Sollen wir denn immer unversöhnt bleiben? Begraben wir die alte Geschichte, denken wir nicht mehr daran! Komm', seien wir wieder die Alten!“

(Fortsetzung folgt.)